

IHR NUTZEN. UNSER AUFTRAG.



wissen.nutzen.

Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis)
www.destatis.de

Erschienen im September 2018
Bestellnummer: 0000182-18900-1

Fotorechte

© Statistisches Bundesamt (Destatis)
Die Icons auf den Seiten 6, 12 und 19 entstammen bzw. basieren auf:
© nanoline icons by vuuuds / CreativMarket / eigene Bearbeitung
© Caviar-Premium Icons by Neway Lau / CreativMarket / eigene Bearbeitung
TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene
Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Das Statistische Bundesamt auf einen Blick

„Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts“	7
1.1 Das sind wir	8
1.2 Unser Auftrag – unsere Ziele	8
1.3 Amtliche Statistik: Fakten mit Gütesiegel	9
1.4 Große Aufgaben brauchen verlässliche Partnerschaften	9
1.5 Unser Service für Sie	10
1.6 Unsere Bilanz für 2017	11

Statistik im Trend der Zeit

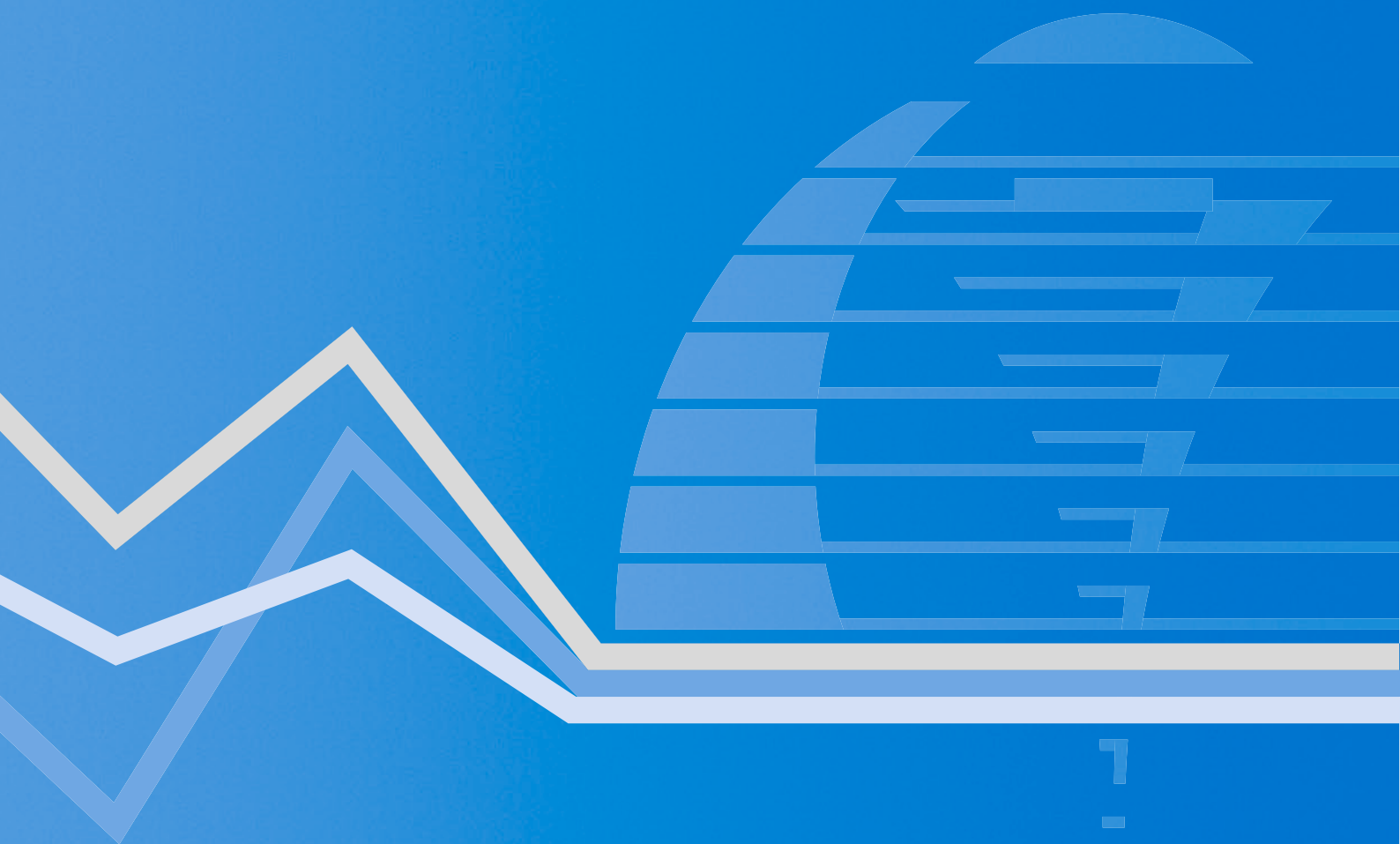
Unsere Ziele	13
2.1 Digitale Agenda umsetzen	13
2.2 Auskunftgebende weiter entlasten	14
2.3 Moderne Registerlandschaft mitgestalten – z. B. durch einen integrierten Registerzensus	15
2.4 Georeferenzierung und Nutzung offener Daten ausweiten	16
2.5 Europäische Zusammenarbeit weiter vertiefen	17
2.6 Fazit und Ausblick	18

Thematisch im Fokus

Das Arbeitsprogramm der Bundesstatistik	20
3.1 Menschen in Deutschland	21
3.2 Bildung, Forschung und Kultur	25
3.3 Arbeitsmarkt und Soziales	28
3.4 Wirtschaft und Energie	32
3.5 Umwelt	39
3.6 Landwirtschaft	42
3.7 Bauen und Wohnen	44
3.8 Mobilität und Verkehrsinfrastruktur	46
3.9 Gesundheit und Pflege	48
3.10 Staat und Finanzen	50
3.11 Justiz	54
3.12 Indikatoren	55

Vorwort

von Dr. Georg Thiel, Präsident, und Beate Glitza,
Vizepräsidentin des Statistischen Bundesamtes.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die amtliche Statistik in Deutschland liefert fachlich unabhängig und methodisch fundiert erhobene Informationen für eine faktenbasierte Entscheidungsfindung – für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Mit der vorliegenden Publikation „Ihr Nutzen. Unser Auftrag.“ möchten wir Ihnen einen Überblick über das Arbeitsgebiet des Statistischen Bundesamtes sowie über unsere aktuellen thematischen Schwerpunkte und Ziele geben.

In Kapitel eins stellen wir uns, unsere Ziele und unser Serviceangebot vor und geben einen Überblick über unsere Partner, mit denen wir auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zusammenarbeiten.

Wie vieles im Leben entwickelt sich auch die Statistik stetig weiter. Deshalb konzentrieren wir uns in Kapitel zwei auf die derzeit wichtigsten Trends und Ziele für die Weiterentwicklung der Bundesstatistik. Hier sind Stichworte wie Digitalisierung, Entlastung der Auskunftgebenden, Registernutzung und Open Data zu nennen.

Das dritte, programmatische Kapitel orientiert sich besonders stark an den Bedürfnissen unserer Nutzerinnen und Nutzer: So stehen unsere politikrelevanten Schwerpunktthemen im Fokus, die über die Lebensverhältnisse, die Wirtschaft und die Umwelt in Deutschland ausführlich Auskunft geben und zu einer evidenzbasierten Politik beitragen können.

Das Statistische Bundesamt liefert in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder qualitativ hochwertige und umfassende statistische Informationen über Deutschland – nutzen Sie dieses Wissen!

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Georg Thiel
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Beate Glitza
Vizepräsidentin des Statistischen Bundesamtes

1 Das Statistische Bundesamt auf einen Blick

Fakten und Analysen – unser Service für Sie: Das Statistische Bundesamt ist die erste Anlaufstelle für statistische Informationen zu Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Wie wir arbeiten und welche Dienstleistungen wir anbieten, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Amtliche Statistik –
ein verlässlicher Partner



Fakten &
Zusammenhänge



Beratung & Analyse



Online-Angebote

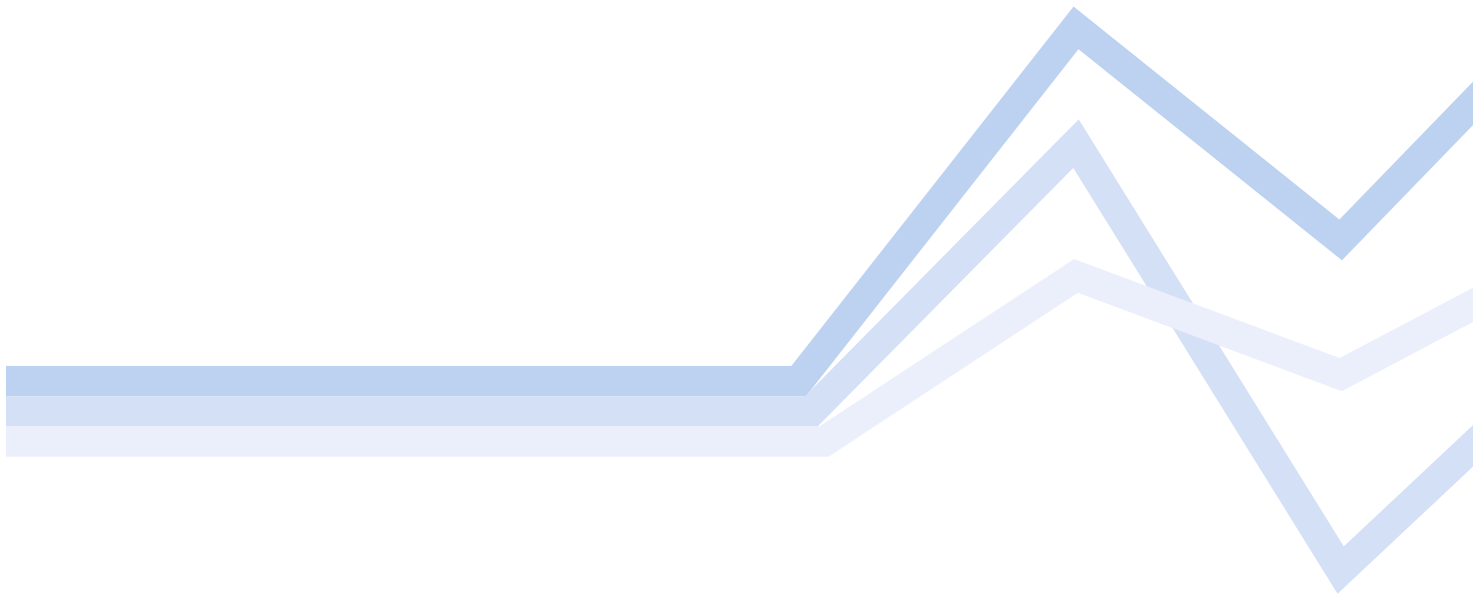


objektiv –
unabhängig –
hochwertig

„Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts“

So die Worte von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Vorfeld der Computermesse Cebit 2016. Was für die digitale Gesellschaft im letzten Jahrzehnt noch einmal an neuer Dimension gewonnen hat, ist schon immer Kern der Arbeit des Statistischen Bundesamtes gewesen:

Politik und Gesellschaft neutrale, objektive und fachlich unabhängige Statistiken zur Verfügung zu stellen. Damit sich jede und jeder ein fundiertes Bild über Deutschland machen kann und demokratische Entscheidungsprozesse auf Basis von Fakten getroffen werden.



1.1 Das sind wir

Das Statistische Bundesamt hat etwa 2 300 Beschäftigte (Stand: Juli 2018). Rund 20 Prozent des Personals haben eine akademische Ausbildung, vor allem in Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften, Mathematik, Rechtswissenschaften, Geografie und Informatik.

An der Spitze des Statistischen Bundesamtes stehen der Präsident Dr. Georg Thiel und die Vizepräsidentin Beate Glitza. Der Präsident ist traditionell auch Bundeswahlleiter. Damit ist er für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Deutschen Bundestag und der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland zuständig. Als Vorsitzender des Bundeswahlausschusses stellt der Präsident zudem die Wahlergebnisse von Bundestags- und Europawahlen abschließend fest. Darüber hinaus steht der Präsident der Wahlkreiskommission vor, deren Aufgabe es ist, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie im Hinblick darauf für erforderlich hält.

Gemeinsam mit dem Präsidenten und der Vizepräsidentin bilden insgesamt acht Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter die Führung des Statistischen Bundesamtes.

Das Statistische Bundesamt 2018 in Zahlen

Beschäftigte	Anzahl
Wiesbaden	1 720
Bonn	565
Berlin	25
Insgesamt	2 310

Anteil der	in %
Tarifbeschäftigten	68
Beamteninnen und Beamten	30
Auszubildenden	2
Frauen an den Beschäftigten	58
Frauen an den Führungskräften	37

1.2 Unser Auftrag – unsere Ziele

Wir haben den Auftrag, statistische Informationen bereitzustellen und zu verbreiten. Diese Informationen müssen objektiv, unabhängig und qualitativ hochwertig sein. Sie stehen allen zur Verfügung: Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern. Das Bundesstatistikgesetz definiert die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes.

Da Staat und Verwaltung in Deutschland föderal organisiert sind, führen wir die bundesweiten Statistiken zusammen mit den Statistischen Ämtern der Länder durch. Die Bundesstatistik ist also weitgehend dezentral organisiert.

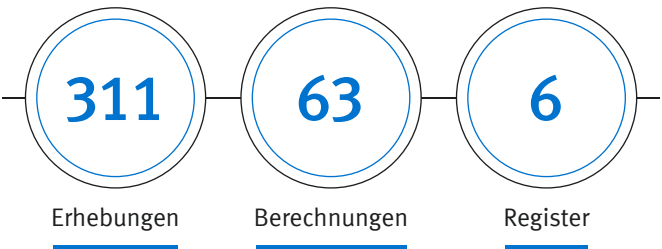
Das Statistische Bundesamt sorgt dafür, dass die Bundesstatistiken überschneidungsfrei, nach einheitlichen Methoden und termingerecht durchgeführt werden. Aus diesem Grund

- › bereiten wir die einzelnen Statistiken methodisch und technisch vor,
- › entwickeln wir das Programm der Bundesstatistik stetig weiter,
- › koordinieren wir die Statistiken untereinander,
- › stellen wir die Bundesergebnisse zusammen und veröffentlichen diese.

Dabei haben wir immer unsere Vision vor Augen, der führenden Anbieter qualitativ hochwertiger statistischer Informationen über Deutschland zu sein.

Zu unseren Aufgaben zählt zudem die Bereitstellung europäischer und internationaler Vergleichszahlen. Somit liefern wir wichtige Kontextinformationen für die Bewertung und Einordnung der Lage Deutschlands.

Anzahl der Bundesstatistiken



Für die Durchführung von rund zwei Dritteln der Statistiken (250) und deren Aufbereitung bis zum jeweiligen Landesergebnis sind die Statistischen Ämter der Länder zuständig. Gut ein Drittel der Statistiken (130) führt das Statistische Bundesamt zentral durch.

1.3 Amtliche Statistik: Fakten mit Gütesiegel

Wir liefern belastbare Daten. Dabei richten wir uns nach den Anforderungen unserer Nutzerinnen und Nutzer und erstellen unsere Statistiken so, dass sie die Qualitätskriterien Relevanz, Genauigkeit und Zuverlässigkeit, Aktualität und Pünktlichkeit, Kohärenz und Vergleichbarkeit, Zugänglichkeit und Klarheit erfüllen. Unser Angebot an Daten entwickeln wir stetig weiter.

Maßgeblich für unsere Arbeit ist der Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice), eine Selbstverpflichtung der Statistischen Ämter auf nationaler und europäischer Ebene, die die Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der Statistischen Stellen festlegt und stärkt. Ziel ist es, die amtliche Statistik in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und beim Europäischen Statistik-Amt Eurostat frei von politischer Einflussnahme und nach anerkannten wissenschaftlichen Verfahren durchzuführen. Die 15 Grundsätze des Verhaltenskodex bilden so einen einzigartigen Qualitätsrahmen für das Europäische Statistische System (ESS).



1.4 Große Aufgaben brauchen verlässliche Partnerschaften

Unverzichtbare Partner sind für uns die Statistischen Ämter der Länder. Wir kooperieren aber auch mit anderen nationalen und internationalen Partnern, um gemeinsam mit ihnen das Informations- und Dienstleistungsangebot zu verbessern sowie die Statistik auf europäischer und internationaler Ebene weiterzuentwickeln.



Auch unsere Partnerschaften zu Behörden, Ministerien, Wissenschaft und Unternehmen dienen diesem Ziel: Noch bessere statistische Informationen für jede und jeden zur Verfügung zu stellen.

Europaweit sind wir durch die Gesetzgebung eng mit den Statistikämtern der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Statistik-Amt Eurostat verbunden. Nach der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über europäische Statistiken ist das Statistische Bundesamt verantwortlich für die Koordinierung der einzelstaatlichen Stellen in Deutschland, die zu europäischen Statistiken beitragen, und fungiert dabei als alleinige Kontaktstelle (Sole Contact Point) für Eurostat.

In der internationalen Statistik-Kooperation führt das Statistische Bundesamt unterstützende Projekte durch. Schwerpunktländer sind EU-Beitrittskandidaten, Staaten des Westbalkans und der östlichen EU-Nachbarschaftspolitik, zentralasiatische Länder, wichtige Partnerländer wie China und Russland sowie weitere asiatische Länder.

Auch Auskunftgebende sind für das Statistische Bundesamt unverzichtbare Partner, deren Interessen wir berücksichtigen. Denn ihre Angaben sind die Grundlage einer jeden von der amtlichen Statistik durchgeführten Erhebung. So wichtig diese Daten für die Gesellschaft sind: Man darf nicht außer Acht lassen, dass das „Auskunft geben“ auch als Belastung empfunden wird. Wir arbeiten daran, die Auskunftspflichten für Unternehmen und Privatpersonen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, ohne jedoch die methodische Qualität und inhaltliche Aussagekraft unserer Statistikprodukte zu gefährden.

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER

-  Standorte des Statistischen Bundesamtes (Destatis)
-  Standorte der Statistischen Ämter der Länder

Eine detailliertere Darstellung und weitere Informationen zu den Statistischen Ämtern der Länder finden Sie auf Seite 59.

1.5 Unser Service für Sie

Besuchen Sie unsere Website www.destatis.de

Online first – das gilt auch für die Veröffentlichung der Informationen des Statistischen Bundesamtes. Aktuellste Ergebnisse finden Sie direkt auf der Startseite, zum Beispiel in unseren Pressemitteilungen, unter „Zahlen & Fakten“ oder in der Datenbank [GENESIS-Online](http://www.destatis.de/genesis) (www.destatis.de/genesis). Hier finden Sie täglich aktualisiert und zweisprachig das gesamte Datenangebot des Statistischen Bundesamtes. Der Datenabruf kann individuell gespeichert und in Diagrammen oder geografischen Karten visualisiert werden. Unsere Ergebnistabellen stehen im Excel-, HTML- und CSV-Format zur Verfügung.

Folgen Sie uns auf Twitter:  [@destatis](https://twitter.com/destatis)

Allen Statistiknutzerinnen und -nutzern steht unser [Zentraler Auskunftsdienst](http://www.destatis.de/kontakt) jederzeit unter www.destatis.de/kontakt zur Verfügung. Je detaillierter Ihre Anfragen, desto zielgenauer können wir die passenden Informationen liefern.

Presse

Für Journalistinnen und Journalisten bieten wir einen umfassenden, schnellen und mediengerechten Informationsservice zu allen statistischen Fragen. Die Pressestelle vermittelt kompetente Interviewpartnerinnen und -partner aus den Statistikbereichen.

Kontakt: +49 (0) 611 / 75 34 44 oder
www.destatis.de/kontakt

Kompetente Beratung für politische Entscheidungen

Der Hauptstadtsservice des Statistischen Bundesamtes in Berlin berät politische und politiknahe Institutionen in allen Fragen rund um das Datenangebot des Statistischen Bundesamtes. Ein Servicebüro im Deutschen Bundestag liefert Abgeordneten und Gremien Statistiken zu vielen politischen Themen. Auch Botschaften, Bundesbehörden und Verbände nutzen vor Ort in Berlin unser Informations- und Serviceangebot.

Ihr Weg zu uns:

[Servicebüro für Statistik im Deutschen Bundestag](#)

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus/MELH 4.334
Kontakt: +49 (0) 30 / 22 73 73 10 oder
bundestag@destatis.de

[i-Punkt Berlin: Hauptstadtkommunikation](#)

Friedrichstraße 50 (Checkpoint Charlie)
D-10117 Berlin
Kontakt: +49 (0) 30 / 1 86 44 94 34 oder
i-punkt@destatis.de

Sonderauswertungen

Zusätzlich zu den Standardveröffentlichungen erstellt das Statistische Bundesamt Sonderauswertungen im Auftrag von Dritten. Eine Sonderauswertung ist eine maßgeschneiderte Auswertung von Daten, die nicht bereits aus dem Standardangebot verfügbar ist.

Kontakt: +49 (0) 611 / 75 45 74 oder
www.destatis.de/kontakt

1.6 Unsere Bilanz für 2017

Anfragen

- 680** Anfragen aus dem Deutschen Bundestag an den Hauptstadtservice
- 16 302** telefonische Anfragen über Service-Nummern
- 15 022** schriftliche Anfragen an den Zentralen Auskunftsdienst

Presse

- 478** Pressemitteilungen
- 4** Pressekonferenzen (ohne PKs Bundeswahlleiter)

Twitter

- 1 417** Destatis-Tweets für rund
- 15 000** Follower

GENESIS-Online

- 238** verfügbare Statistiken mit insgesamt
- 863 Mill.** verfügbaren Werten.
- 3,6 Mill.** Tabellenabrufe pro Jahr

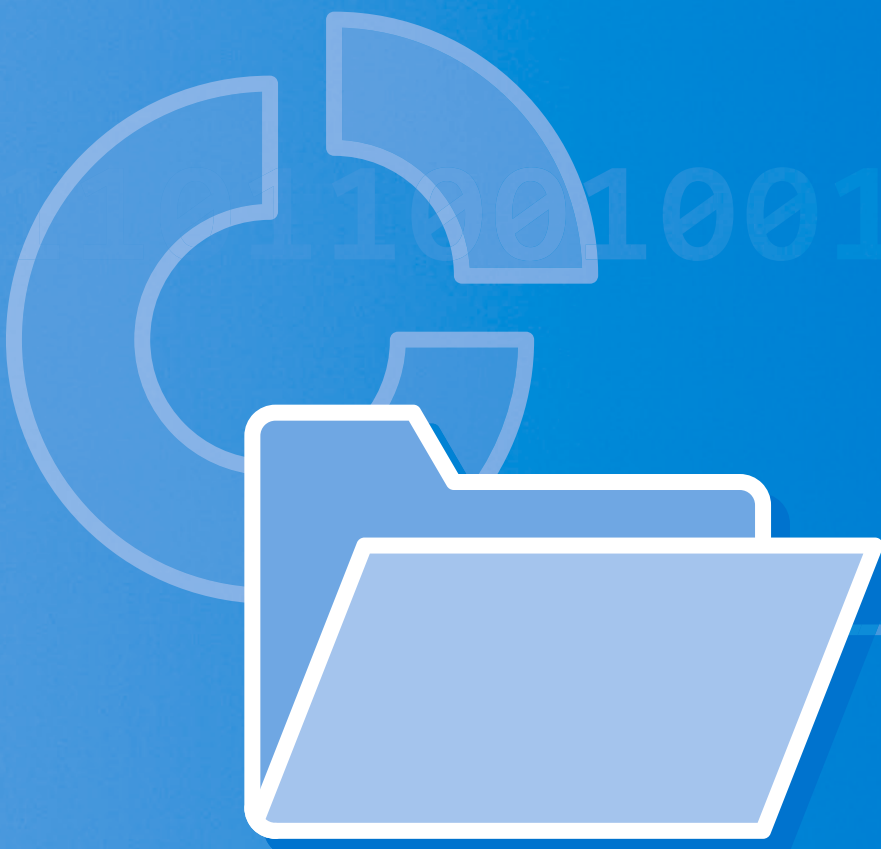
Die Statistik entwickelt sich weiter

Um auch im 21. Jahrhundert weiterhin der führende Informationsdienstleister für qualitätsgesicherte Daten und statistische Informationen in Deutschland zu bleiben, müssen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jetzt die Chancen der Digitalisierung nutzen.

Zentral ist einerseits die Weiterentwicklung der statistischen Infrastruktur, um die Statistikprozesse effizienter zu gestalten. Andererseits bieten die neuen technologischen Möglichkeiten Potenzial bei der Datengewinnung und -verarbeitung.

2 Statistik im Trend der Zeit

Die Möglichkeiten der Digitalisierung sowie Open Data nutzen, von bürokratischen Pflichten entlasten und registerbasierte Datenerhebungen einführen – diese Themen bestimmen die Zukunft der amtlichen Statistik.



Digitalisierung



Entlastung



Registernutzung



Open Data



Europa

Unsere Ziele

Mit unseren statistischen Ergebnissen bilden wir nicht nur das Hier und Heute ab, sondern vermitteln auch grundlegende Informationen zu den **Entwicklungen** in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Die Digitalisierung und die Globalisierung prägen die Art und Weise des weltweiten Wirtschaftens sowie die Lebensformen unserer modernen Gesellschaft. Damit ändern sich sowohl die Informationsbedürfnisse als auch die Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer an den Zugang zu Informationen und die Weiterverwertung von Daten.

Diesen Ansprüchen gerecht zu werden, Lebenswirklichkeit angemessen und mit möglichst aktuellen Daten abzubilden, ist der Anspruch des Statistischen Bundesamtes. Dabei müssen wir unsere Methoden und Arbeitsweisen stetig überprüfen, weiterentwickeln und anpassen, gerade auch im Hinblick auf die politischen Vorgaben und die Trends der Zeit.

Dieses Kapitel beschreibt, vor welchen Herausforderungen das Statistische Bundesamt in den kommenden Jahren steht und mit welchen Maßnahmen es diese meistern wird.

Folgende Themen stehen dabei im Fokus:

- › Digitale Agenda umsetzen
- › Auskunftgebende weiter entlasten
- › Moderne Registerlandschaft mitgestalten – z. B. durch einen integrierten Registerzensus
- › Georeferenzierung und Nutzung offener Daten ausweiten
- › Europäische Zusammenarbeit weiter vertiefen

2.1 Digitale Agenda umsetzen

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, das hat sie mit der Statistik gemeinsam. Beide dienen einem höheren Ziel: Der stetig besseren, effizienteren und gleichzeitig sicheren Bereitstellung von Informationen.

Die Digitalisierung ist zweifelsohne das zentrale Mega-Thema, dem sich auch die Verwaltungen in Deutschland stellen müssen. Das Statistische Bundesamt ist auf dem Gebiet vergleichsweise weit vorangeschritten. Dennoch wollen wir die aus der Digitalisierung resultierenden Chancen noch besser nutzen. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der Forschung und in der Entwicklung neuer Methoden zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten. Dabei nutzen wir die digitalen Möglichkeiten, um zum Beispiel erste Projekte zum Einsatz von Web Scraping (direkte Erhebung geeigneter Daten über das Schürfen auf Internetseiten), Machine Learning (maschinelles Lernen für eine stärker automatisierte Plausibilisierung der Daten) oder Open-Data-Plattformen durchzuführen. Auch die Kommunikation mit der Öffentlichkeit bauen wir digital auf: Smartphones und Tablets, Soziale Medien und interaktive Angebote verändern unseren Außenauftritt und tragen zu mehr **Nutzerfreundlichkeit** bei. Aber sie wirken auch nach innen: Wir befinden uns als Behörde in einem **kulturellen Wandel**, denn wir wollen unsere Daten noch besser der sich verändernden Gesellschaft zur Verfügung stellen. Das bedeutet, dass wir auch unsere Prozesse und unsere Arbeitsweisen neu betrachten. Mit unserer **Digitalen Agenda** haben wir einen Gesamtplan für die Realisierung der Digitalen Transformation bis 2020 auf den Weg gebracht, mit dem wir folgende Ziele verfolgen:

- › vollständige elektronische Datenhaltung,
- › digitale Workflows,
- › Veränderung von Arbeitsweisen,
- › (weitere) Automatisierung von Prozessschritten,
- › Schaffung neuer digitaler Angebote,
- › Erhöhung der Aktualität sowie
- › Verbesserung der Qualität und Wirtschaftlichkeit.

Um die Digitalisierung aber nicht nur im eigenen Haus, sondern in der amtlichen Statistik insgesamt voranzubringen, arbeiten wir derzeit zusammen mit den Statistischen Ämtern der Länder an einer Digitalen Agenda für den Statistischen Verbund. So wollen wir die Chancen der Digitalisierung auch in der Zusammenarbeit nutzen und als Statistischer Verbund schneller und effizienter werden.

2.2 Auskunftgebende weiter entlasten

Die Auskunftgebenden sind uns wichtig, denn ihre Daten bilden die Basis unserer Arbeit. Wo immer möglich, soll die Belastung durch Erhebungen weiter verringert werden. Hierzu hat die amtliche Statistik in Deutschland in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen umgesetzt. So hat sie beispielsweise ganze Statistiken eingestellt, auf die Erhebung einzelner Merkmale verzichtet, die Periodizität von Erhebungen verlängert, die Zahl der Befragten reduziert und die Befragten durch Rationalisierungsmaßnahmen spürbar von statistischen Meldepflichten entlastet.

Darauf ruhen wir uns aber nicht aus, sondern gehen diesen Weg konsequent weiter.

In einer von der Bundesregierung vorgesehenen ressortübergreifenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe sollen in den kommenden Jahren Maßnahmen zur **Reduzierung von Statistikpflichten** vor allem in der Wirtschaftsstatistik erarbeitet werden. In diesen Prozess wollen wir uns kompetent und umfassend einbringen.

Zur weiteren Entlastung der Auskunftgebenden von Statistik- und Berichtspflichten können verschiedene „Hebel“ identifiziert werden:

- › Wo es möglich ist, wollen wir die Belastung durch bestehende Erhebungen weiter verringern, indem beispielsweise auf Befragungen oder Merkmale verzichtet, die Periodizität verlängert, die Stichprobengröße verringert wird oder Abschneidegrenzen angepasst werden. Wir wollen uns aber nicht ausschließlich hierauf fokussieren, denn die nationalen Wirtschaftsstatistiken sind bereits überwiegend auf eine 1:1-Umsetzung europäisch verbindlicher Vorgaben ausgerichtet. Dies begrenzt das Rationalisierungspotenzial.
- › Wir nehmen stattdessen auch andere Maßnahmen zur nachhaltigen Entlastung von Statistikpflichten in den Fokus, um keine europäischen Vorgaben zu verletzen und keinen zu großen Informationsverlust für die Nutzerinnen und Nutzer zu riskieren. Dazu zählen: die **Optimierung (insbesondere Vereinfachung) von Meldewegen** und die **verstärkte Nutzung alternativer Datenquellen**, wie zum Beispiel Verwaltungsdaten und neue digitale Daten.

Ansätze zur Reduzierung der Belastung

Informationsbedarf überprüfen	Meldewege optimieren	Alternative Datenquellen nutzen
Verzicht auf Befragung	e.core ¹ ausweiten	Zugang zu vernetzten öffentlichen Registern <ul style="list-style-type: none">› Merkmale ersetzen› Befragungen ersetzen
Verzicht auf Merkmale	IDEV 4.0 ² Nutzerfreundlichkeit verbessern	
Periodizität verlängern	one face to the customer	Zugang zu Scannerdaten
Kleinere Stichproben/ Abschneidegrenzen	„Once-only“ in der Statistik	Zugang zu Mobilfunkdaten
		Zugang zu Satellitendaten

1 **Core – Common Online Rawdata Entry**
Verfahren zur automatisierten Generierung statistischer Daten aus Softwaresystemen von Unternehmen und öffentlichen Stellen und deren sichere Übermittlung an die amtliche Statistik.

2 **IDEV – Internet-Datenerhebung im Verbund**
Die statistischen Daten werden direkt über elektronische Online-Formulare via Internet gemeldet. IDEV bietet vielfältige Unterstützungsfunktionen, die den Meldeaufwand erheblich reduzieren. Es ist geplant, das bestehende IDEV-System für die Meldungsabgabe über mobile Endgeräte zu ertüchtigen.

2.3 Moderne Registerlandschaft mitgestalten – z. B. durch einen integrierten Registerzensus

Die Anforderungen an Zensus und Bevölkerungsstatistiken unterliegen national und international einem tiefgreifenden Wandel: Ergebnisse sollen künftig jährlich und kleinräumig in georeferenzierter Form vorliegen.

Das ist zweifelsohne eine weitere große Herausforderung, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in langer Voraussicht angehen. Um dieser Herausforderung aktiv zu begegnen und gleichzeitig unsere Auskunftgebenden zu entlasten, wollen wir künftig Verwaltungsdaten und amtliche Register für statistische Zwecke nutzen und auf ergänzende Befragungen verzichten. Dazu bauen wir sukzessive eine Informationsplattform über die Datenbestände der Verwaltung auf. Eines der wichtigsten Ziele ist in diesem Zusammenhang, die Bevölkerungszahlen ab dem Jahr 2024 durch einen **integrierten Registerzensus** zu ermitteln. Die dafür benötigten statistischen Angaben sollen vollständig – datenschutzkonform – aus qualitätsgesicherten Verwaltungsregistern gewonnen werden, wodurch auf ergänzende Befragungen verzichtet werden kann. Zu diesem Zweck haben wir einen neuen Stabsbereich „Projekt Registerzensus“ eingerichtet.

Zur Zielerreichung müssen die Voraussetzungen für eine einfache und datenschutzkonforme Verknüpfung der Register geschaffen werden. Hierfür ist das „österreichische Modell“ ein erfolgversprechender Weg, wie im Gutachten „Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren.“ des Nationalen Normenkontrollrats dargestellt (abrufbar unter www.nationaler-normenkontrollrat.de › Service › Publikationen › Gutachten).

Darüber hinaus ist in einzelnen Bereichen auch der Aufbau neuer Register notwendig. So könnte ein Bildungsregister dazu beitragen, die Zensusmerkmale zum Bildungsabschluss zu gewinnen und bildungsbereichsübergreifende Verlaufsstatistiken zu erstellen. Zudem ist eine registerbasierte Quelle für die Gewinnung der Daten zu Gebäuden und Wohnungen zu schaffen, um auch diesen zentralen Bereich des Zensus abzudecken und die Gebäude- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer von der Auskunftserteilung zu entlasten.



2.4 Georeferenzierung und Nutzung offener Daten ausweiten

Statistiken leben davon, dass sie verbreitet, kommuniziert und genutzt werden: Die [Veröffentlichung von kleinräumigen Daten](#) stellt aktuell statistikübergreifend eine weitere wichtige Zielsetzung der amtlichen Statistik in Deutschland dar. Die kleinräumige, georeferenzierte und interaktive Darstellung von Ergebnissen ist nicht nur für die Ermittlung der Bevölkerungszahl ab 2024 (Zensuspost 2021) im Zuge der Entwicklung eines integrierten Registerzensus wichtig, sondern auch für eine Vielzahl anderer Statistiken.

Erklärtes Ziel ist es, alle georeferenzierbaren Statistiken bis Ende 2019 zu georeferenzieren. Insgesamt sind rund 150, das heißt mehr als ein Drittel aller Statistiken potenziell georeferenzierbar. Darunter sind neben Registern und Vollerhebungen auch stichprobenbasierte Statistiken enthalten. Im ersten Quartal 2018 waren 74 Statistiken georeferenziert. Wir haben also unser Ziel vor Augen und kommen auch in diesem Bereich stetig voran.

Auf der Basis georeferenzierter Informationen können unterschiedlichste Darstellungen und Analysen durchgeführt werden. Umgesetzt wurden in der amtlichen Statistik bisher kleinräumige kartografische Darstellungen als Rasterkarten (Atlas Agrarstatistik, Zensus-Atlas 2011). Auf deren Grundlage lassen sich beispielsweise Nachbarschaftsanalysen durchführen, etwa zur Hochwassergefährdung oder zur Lärmbelastigung durch Verkehrsinfrastruktur in bestimmten Regionen.

Aber auch großräumige Strukturaussagen können durch Geokodierung gewonnen werden. Ein Beispiel ist die Krankenhaus-erreichbarkeit auf der Basis georeferenzierter Zensusdaten: So kann eine Strukturaussage, etwa zu der Frage „Wie viele Menschen in Deutschland brauchen wie lange bis zum nächsten Krankenhaus?“, mithilfe einer Geokodierung von Krankenhäusern, überlagert mit Bevölkerungsdaten, getroffen werden.

Die Georeferenzierung von Statistiken hat ein hohes Potenzial, das weit über die kleinräumige Darstellung einzelner Statistiken hinausgeht. Dieses ermöglicht ganz neue Visualisierungs- und Verbreitungsmöglichkeiten. Über den Raumbezug können Daten aus unterschiedlichen Statistiken miteinander, aber auch mit Informationen aus anderen Datenquellen verknüpft werden. Das Statistische Bundesamt hat deshalb im Jahr 2018 das [Projekt DEStatGeo](#) initiiert. Ziel ist die Entwicklung einer Geodatenbank mit Webschnittstelle, in der georeferenzierte sowie andere raumbezogene Daten des Statistischen Bundesamtes mit anderen (offenen) Verwaltungsdaten verknüpft werden können. Dabei nutzen wir auch die Erfahrungen unserer nationalen und internationalen Partner.

Zukünftig sollen unsere georeferenzierten Statistiken offen und maschinenlesbar bereitgestellt werden, perspektivisch auch als [Linked Open Data](#). Durch die Bereitstellung als offene Daten könnten Dritte, wie zum Beispiel Startups, diese für ihre eigenen Produkte nutzen. Damit werden die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarten Vorhaben und Maßnahmen mit dem Ziel der Bereitstellung aller Verwaltungsdaten als „Open by default“ unterstützt.

Was heißt Geokodierung?

Unter Geokodierung versteht man das technische Zuspielden der Geokoordinate zu Datensätzen, die dann im folgenden Schritt in Raster (Gitterzellen) überführt werden. Gegenüber administrativen Raumgliederungen sind rasterbasierte Darstellungen unabhängig von Gebietsreformen und damit verbundener Änderungen.

Kleinräumige Datenangebote ermöglichen unter anderem eine evidenzbasierte politische Entscheidungsfindung und ein Monitoring politischer Strategien.

Als Best Practice im Statistischen Verbund gibt es bisher bereits für den Bevölkerungszensus und die Landwirtschaftszählung interaktive Datenangebote auf der Grundlage geokodierter Daten.

Geokodierte Daten werden in Zeiten von Open Data als selbstverständliche Metadaten verstanden, deren Analysepotenzial weit über kleinräumige Darstellungen hinausgeht. Über die Geokodierung lassen sich Informationen aus verschiedenen Quellen, die jeweils einen Raumbezug aufweisen, miteinander verknüpfen und gemeinsam analysieren – aus geokodierten Daten werden so georeferenzierte Informationen.

2.5 Europäische Zusammenarbeit weiter vertiefen

In unserer globalisierten und immer komplexeren Welt steigt der Bedarf an länderübergreifenden statistischen Informationen. Um neuen nationalen und internationalen Herausforderungen für die amtliche Statistik wirkungsvoll begegnen zu können, ist daher neben der nationalen Zusammenarbeit im Statistischen Verbund die gemeinsame Arbeit im [Europäischen Statistischen System](#) (ESS) von großer Bedeutung für das Statistische Bundesamt. Nur mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und in einem kohärenten Statistiksystem können wir die notwendigen Antworten auf zukunftsweisen- de Fragen geben – beispielsweise danach, wie neue digitale Daten und administrative Datenquellen durch neue Methoden und Erhebungsverfahren für die amtliche Statistik genutzt oder Daten und IT-Services ressourceneffizient mit Partnern im ESS ausgetauscht werden können.

Im Vordergrund steht die Entwicklung und Bereitstellung qualitativ hochwertiger Statistiken für die Umsetzung der politischen Maßnahmen der EU in wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Themenfeldern. Als neue Handlungsbedarfe erkannt werden dabei beispielsweise eine bessere Messung der Auswirkungen der Globalisierung und der Digitalisierung auf die Volkswirtschaften bzw. Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger der EU, eine Ausweitung von Migrationsstatistiken, die Entwicklung modernisierter Volks- und Wohnungszählungsprogramme und Bevölkerungsstatistiken für die Zeit nach der Zensus-Runde 2021 oder eine zunehmende Nutzung von Geodaten und eines Geoinformationsmanagements in der Statistikproduktion.

Auch die [Rechtsetzung in den EU-Statistiken](#) wird durch die weitere Reduzierung des Verwaltungsaufwands und die Vereinheitlichung der derzeit heterogenen Einzelstatistikverordnungen effizienter und zukunftsgerichteter gestaltet werden. Damit soll auf politische Datenbedarfe besser und vor allem schneller reagiert werden können. Dies geschieht, indem bestehende (Einzel-)Statistikverordnungen in Rahmenverordnungen für bestimmte Statistikbereiche zusammengefasst werden:

- Zwei Vorschläge für Rahmenverordnungen befinden sich derzeit in intensiven Beratungen im EU-Rechtssetzungsverfahren:
 - › im Bereich der Sozialstatistiken die „Integrated European Social Statistics (IESS)“,
 - › in den Unternehmensstatistiken die „Framework Regulation Integrating Business Statistics (FRIBS)“.

- Darüber hinaus steht im Bereich der Landwirtschaftsstatistiken eine Rahmenverordnung zu „Integrated Farm Statistics (IFS)“ kurz vor ihrem Inkrafttreten. Eine Rahmenverordnung zu „Statistics on Agricultural Input and Output (SAIO)“ ist ebenfalls geplant.
- Des Weiteren wird derzeit eine mögliche Rahmenverordnung im Bereich Bevölkerungsstatistik diskutiert.

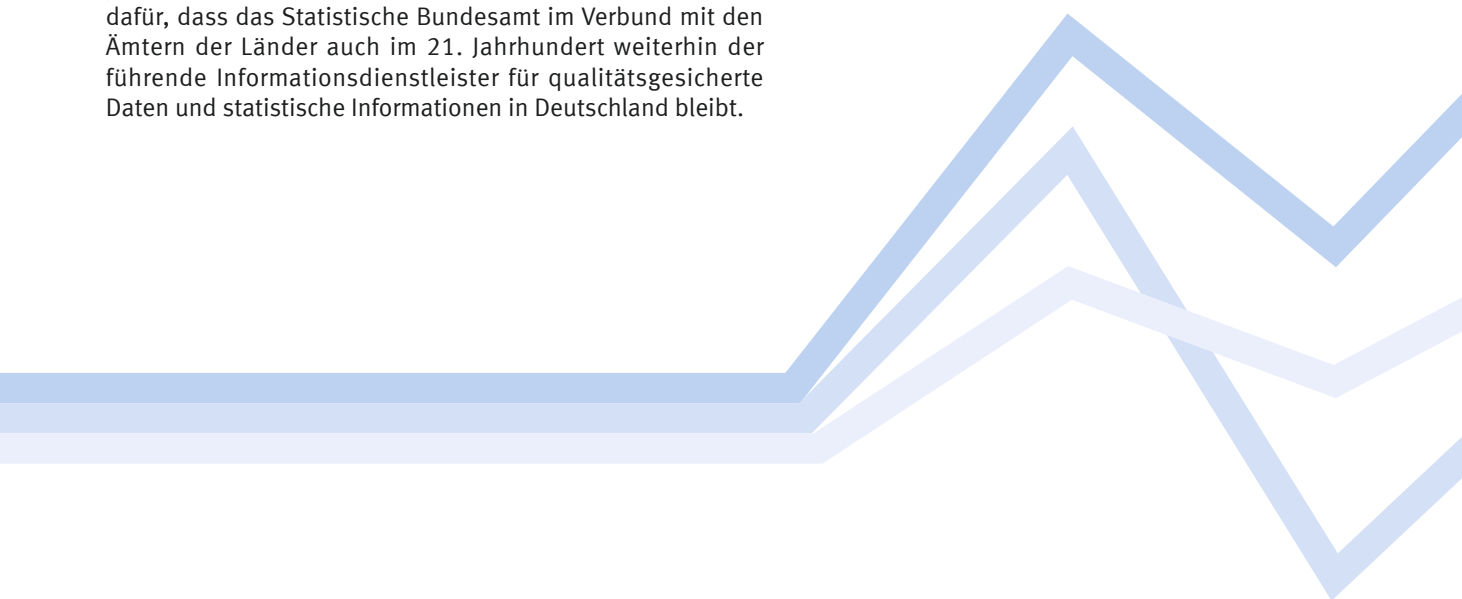
Neben der Entwicklung neuer Statistiken, die Antwort auf aktuelle Fragen geben, geht es auf EU-Ebene aber insbesondere darum, die amtliche Statistik der Mitgliedstaaten selbst zu modernisieren, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, die Veröffentlichung von Informationen den neuen Nutzerbedarfen anzupassen und die technologischen Möglichkeiten für die Dateninfrastruktur auszuschöpfen. Bei der Lösung dieser und anderer Herausforderungen profitieren wir von der intensiven [Zusammenarbeit mit unseren Partnern](#) im Rahmen der Modernisierungsstrategie ESS Vision 2020. Diese setzt Impulse für die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik und ist deshalb auch integraler Bestandteil der europäischen statistischen Programmplanung. Sie wird durch Modernisierungsmaßnahmen (Vision Implementation Projects (VIP) und Supporting Frameworks) umgesetzt. Insbesondere in den Bereichen Kommunikation, neue Digitale Daten/Digitalisierung, Unternehmensregister und Verwaltungsdaten ist das Statistische Bundesamt maßgeblich beteiligt.

Schon bei der Entwicklung der ESS Vision 2020 wurde die Frage in den Mittelpunkt gestellt, wie neue Datenquellen im Zuge der weiter fortschreitenden Digitalisierung noch intensiver für hochqualitative und vertrauenswürdige offizielle Statistiken genutzt werden können. Ziel sind hier zukunftsfähige [Trusted Smart Statistics](#). Mit gemeinsamen, auf qualitätsgesicherten Informationen basierenden Kommunikationsmaßnahmen soll die amtliche Statistik in Europa zudem der Desinformation im Internet begegnen.

2.6 Fazit und Ausblick

Digitalisierung, Entlastung der Auskunftgebenden und Registermodernisierung, Georeferenzierung, die Bereitstellung von Ergebnissen als offene Daten sowie die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene – das sind einige der wegweisenden Handlungsfelder, die das Statistische Bundesamt strategisch angeht und damit die amtliche Statistik stetig weiterentwickelt und verbessert. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Weiterentwicklungsbedarfe und -potenziale in unserem fachstatistischen Angebot, über die das folgende Kapitel ausführlich informiert.

Herausforderungen zu identifizieren und Weiterentwicklungspotenziale nutzbar zu machen sind Grundvoraussetzungen dafür, dass das Statistische Bundesamt im Verbund mit den Ämtern der Länder auch im 21. Jahrhundert weiterhin der führende Informationsdienstleister für qualitätsgesicherte Daten und statistische Informationen in Deutschland bleibt.



3 Thematisch im Fokus

Bei uns dreht sich alles darum, den Menschen und der Politik hochwertige Daten über die Lebensverhältnisse, die Wirtschaft und Umwelt in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Hier geben wir einen Einblick in die verschiedenen Statistikbereiche sowie einen Ausblick auf unsere zukünftigen Weiterentwicklungspotenziale.

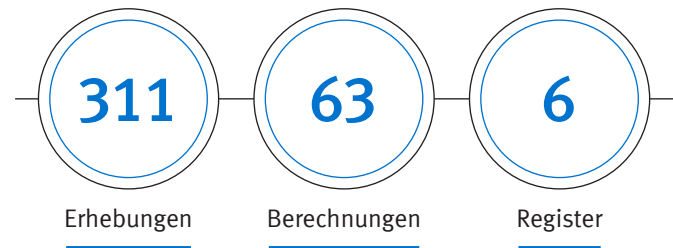


Das Arbeitsprogramm der Bundesstatistik

Die **Bundesstatistik** wird durch Bundesgesetze geregelt. Die Durchführung der Bundesgesetze ist nach Artikel 83 Grundgesetz jedoch grundsätzlich Sache der Bundesländer. Daher ist die Bundesstatistik ein **Gemeinschaftsprodukt**, das im Wesentlichen von den 14 Statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt erstellt wird. Der Begriff **Statistischer Verbund** bezeichnet diese Arbeitsgemeinschaft, der Begriff **regionale Dezentralisierung** das dahinter stehende Prinzip. Das statistische Arbeitsprogramm umfasst derzeit 380 Statistiken (Stand: Juni 2018). Davon werden etwa zwei Drittel dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt und folgen dem Prinzip der regionalen Dezentralisierung im Statistischen Verbund.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Statistischen Bundesamtes liegt in der Forschung und in der Entwicklung von Methoden und Techniken für Bundesstatistiken. Bei der Gewinnung neuer Daten und der dafür notwendigen Schaffung einer entsprechenden nationalen Rechtsgrundlage sind umfangreiche Vorbereitungen notwendig, in die das Statistische Bundesamt frühzeitig eingebunden wird. Dabei geht es besonders darum, die Interessen der unterschiedlichen Nutzerinnen und Nutzer angemessen zu berücksichtigen, die besten und gleichzeitig wirtschaftlichsten Methoden und Verfahren zur Gewinnung der gewünschten Daten zu ermitteln und darauf zu achten, dass die Belastung der Auskunftgebenden auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleibt.

Was wir aktuell anbieten



Nicht für alle Statistiken werden Daten erhoben. Vielmehr werden die Informationen auf unterschiedliche Arten ermittelt: Unterschieden wird zwischen Erhebung, Berechnung und Register.

Etwa drei Viertel der insgesamt 380 Statistiken sind **Erhebungen**. Bei etwas mehr als der Hälfte dieser 311 Erhebungen erheben die Statistischen Ämter der Länder oder das Statistische Bundesamt die Angaben originär für die jeweilige Statistik (Primärerhebung). Bei den übrigen Erhebungen erfassen die statistischen Ämter für die jeweilige Statistik solche Daten, die originär bereits für andere – nicht statistische – Zwecke gesammelt wurden (Sekundärerhebung). Hier nutzen die statistischen Ämter **bereits vorliegende Daten** aus dem Verwaltungsvollzug.

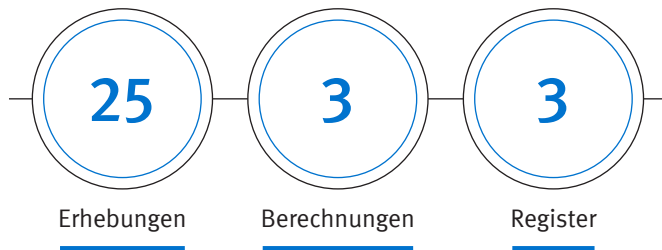
Berechnungen machen knapp ein Sechstel des Arbeitsprogramms aus. Dabei handelt es sich um Auswertungskomplexe aus bereits für andere Zwecke erhobenen Daten. So werden aus Erhebungsergebnissen unter Verwendung vielfältiger Berechnungs- und Schätzverfahren neue statistische Informationen gewonnen.

Die insgesamt sechs **Register** sind Datensammlungen, die primär der Erhebungsunterstützung dienen. Mithilfe dieser Register werden die Berichtskreise einer Erhebung – also die Auskunftgebenden – nach mathematisch-statistischen Methoden festgelegt. Sie werden aber auch für Auswertungszwecke genutzt. So stammen zum Beispiel alle Angaben zur Handwerksberichterstattung aus dem Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke (Statistikregister) und basieren damit vollständig auf Verwaltungsdaten.

In diesem Kapitel informieren wir über die einzelnen Themenbereiche, zu denen statistische Informationen vorliegen. Sie erfahren, für welchen Zweck diese Informationen verwendet werden und welchen Herausforderungen sich das Statistische Bundesamt in den kommenden Jahren stellen wird.

3.1 Menschen in Deutschland

Was wir aktuell anbieten



Zum Thema **Bevölkerungsstand** stehen aktuelle Bevölkerungszahlen sowie historische Zeitreihen zur Verfügung. Neben den reinen Einwohnerzahlen liegen Daten zum Bevölkerungsstand unter anderem untergliedert nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit für das gesamte Bundesgebiet, die Bundesländer und die Kreise vor. Die **Bevölkerungsvorausberechnung** informiert über die künftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland insgesamt und in den Bundesländern. Im **Gemeindeverzeichnis** sind Daten auf Gemeindeebene, etwa zur Einwohnerzahl, Fläche und Bevölkerungsdichte enthalten.

Im Rahmen des Mikrozensus werden Angaben zu **Haushalten und Familien** erhoben. Unter anderem stehen Informationen zur Art und Größe der Haushalte zur Verfügung. Zudem bietet die Haushaltsvorausberechnung Informationen über die künftige Entwicklung der Haushalte. Aus dem Mikrozensus liegen auch Angaben zur Bevölkerung nach Formen des Zusammenlebens vor. So stehen Informationen zu Alleinstehenden, Paaren ohne Kind, zu Familien mit minder- und volljährigen Kindern differenziert nach Familienformen (Paare, Alleinerziehende usw.) zur Verfügung. Ein weiterer gesellschaftlich wichtiger Schwerpunkt ist die Situation älterer Menschen, zu der ein Informationsangebot – unter anderem in Zusammenhang mit dem demografischen Wandel – erarbeitet wird. Bevölkerungsstatistische Analysen und Auswertungen aus dem Mikrozensus ergänzen die statistischen Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung im Haushalts- und Familienkontext.

Der Themenbereich **Migration und Integration** bietet Daten zu Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Ebenso werden Informationen zur ausländischen Bevölkerung, zu Schutzsuchenden sowie zu Einbürgerungen bereitgestellt. Des Weiteren sind Indikatoren zur Messung der Integration seit dem Jahr 2005 verfügbar.

Daten zu Wanderungsströmen in das und aus dem Ausland nach Alter, Ziel- und Herkunftsländern sowie nach Staatsangehörigkeit der Immigrantinnen und Immigranten sowie der Emigrantinnen und Emigranten werden im Themenbereich **Wanderungen** angeboten. Die Zu- und Abwanderung von Deutschen ist ebenfalls enthalten. Darüber hinaus werden die Wanderungsströme innerhalb Deutschlands zum Beispiel zwischen den Bundesländern oder zwischen Ost und West abgebildet.

Die **Geburtenstatistik** bietet Informationen zu lebend und zu tot Geborenen. Daten zu lebend Geborenen liegen unter anderem nach Geschlecht, Geburtsmonat, Alter und Staatsangehörigkeit der Eltern sowie Geburtenfolge und Geburtenabstand vor. Darüber hinaus wird über das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt der Kinder, die zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate) und die endgültige Kinderzahl je Frau berichtet.

Im Themenbereich **Sterbefälle, Lebenserwartung** sind zum einen Daten zu Verstorbenen nach Geschlecht, Familienstand, Alter und Staatsangehörigkeit sowie zur Säuglingssterblichkeit zu finden. Die Statistik der Sterbefälle liefert damit die demografischen Basisinformationen zur Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse, der Lebenserwartung und der Alterung der Bevölkerung. Zum anderen stehen die **aktuellen Sterbetafeln** mit Angaben zur Lebenserwartung zur Verfügung. Sie bieten unter anderem Informationen über die Sterbewahrscheinlichkeiten sowie die geschlechtsspezifische durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt und in den einzelnen Altersjahren.

Der Themenbereich **Eheschließungen, Ehescheidungen, Lebenspartnerschaften** informiert über das Heiratsverhalten der Bevölkerung unter anderem nach Alter und vorherigem Familienstand, über Ehescheidungen sowie zu den Begründungen und Aufhebungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften.

Volkszählungen liefern Grunddaten über die Bevölkerung eines Landes sowie über deren Erwerbstätigkeit und Wohnsituation. Nur ein Teil der Volkszählungsergebnisse kann fortgeschrieben werden. Da dabei Fehler im Laufe der Jahre unvermeidlich sind, ist von Zeit zu Zeit eine „Inventur“ nötig. Deutschland hat sich hierzu mit dem „Zensus 2011“ erfolgreich in die international übliche zehnjährige Durchführung eines Zensus eingereiht. In den Jahren 2013 bis 2015 wurden Ergebnisse aus diesem Zensus veröffentlicht und das Verfahren detailliert evaluiert. Entsprechend geltender EU-Verordnung steht 2021 die nächste Zensusrunde auch in Deutschland an, wozu seit 2015 Vorbereitungen methodischer, organisatorischer und rechtlicher Art angelaufen sind. Weitere Aufgaben sind die Beratung des nationalen Gesetzgebers sowie Planungen zur IT-Architektur und zum Personalaufbau.

Die **Laufenden Wirtschaftsrechnungen** (LWR) erfassen detailliert die Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in Deutschland sowie deren Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern. Die Ergebnisse der alle fünf Jahre durchgeführten **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe** (EVS) liefern Einblicke in die Zusammenhänge zwischen Einnahmen, Ausgaben, Vermögensbildung und Verschuldung sowie Ausstattung und Wohnsituation der Haushalte. Die **Überschuldungsstatistik** berichtet über die Situation überschuldeter bzw. von Überschuldung bedrohter Menschen und Haushalte.

Die EU-weite Erhebung über **Einkommen und Lebensbedingungen** (EU-SILC) liefert detaillierte Informationen zu Einkommensarmut und -verteilung sowie über nichtmonetäre Aspekte sozialer Ausgrenzung und Deprivation.

Auskunft über die Zeitverwendung und Alltagsgestaltung von Personen und Haushalten geben die **Zeitverwendungserhebungen** (ZVE).

Die **IKT-Erhebung** liefert Informationen über die Verbreitung und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten.

Als Auswahlgrundlage für aktuelle und mögliche weitere freiwillige Haushaltserhebungen im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen fungiert die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (DSP).

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Daten der Volkszählungen dienen als Grundlage für politische und wirtschaftliche Planungen, als Bemessungsgrundlage für die Verteilung der Finanzen auf Länder- und Gemeindeebene sowie als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für Stichproben.

Die Ergebnisse des Mikrozensus werden als Grundlage für politische, soziale und wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen sowie für Forschung, Wissenschaft und Politikberatung verwendet. Sie sind Basisinformationen für andere Statistiken und Erhebungen (z. B. Erwerbstätigenstatistik) und dienen der Information der Öffentlichkeit.

Die Laufenden Bevölkerungsstatistiken dienen als Grundlage für familien-, sozial-, gesundheits- und migrationspolitische Entscheidungen sowie für die Abschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der demografischen Entwicklung.

Die Haushaltserhebungen werden als Grundlage für wirtschaftliche und politische Planungen sowie zur Ermittlung sozialpolitischer Indikatoren im Rahmen der makroökonomischen Ungleichgewichtsbetrachtung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung herangezogen. Sie liefern wichtige Ergebnisse für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung und die nationale Sozialberichterstattung. Ebenso dienen sie der Anpassung der Regelbedarfe für Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II (ALG II) sowie der Ermittlung der Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder. Sie werden als Basisinformation für andere Fachstatistiken und statistische Satellitensysteme herangezogen.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Bevölkerungsstatistiken insbesondere durch die Implementierung eines flexiblen Auswertungssystems weiter.

Die Haushaltserhebungen entwickeln wir insbesondere durch die Implementierung des Mikrozensusgesetzes für den Mikrozensus 2020 und die Weiterentwicklung der tagebuchgestützten Haushaltserhebungen vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Anforderungen weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Zensus 2021

Die Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen ordnet die Bereitstellung umfassender Bevölkerungs- und Wohnungsdaten im Abstand von zehn Jahren an. Das erste Bezugsjahr war 2011, die weiteren Bezugsjahre werden von der Kommission (Eurostat) festgelegt und fallen jeweils auf den Anfang eines jeden Jahrzehnts. Aus der Durchführung der ersten EU-weiten Zensusrunde muss als Zielsetzung für die deutsche Statistik die Verkürzung der Aufbereitungszeiten und damit die Erhöhung der Attraktivität der Ergebnisse durch ihre gesteigerte Aktualität sein.

Als Abschluss des Projektes Zensus 2011 wurden die erstellten Evaluierungsberichte von amtlicher Statistik und Dienstaufsichten gemeinsam bewertet und Verbesserungsmöglichkeiten herausgearbeitet. Jeweils unter Beteiligung der Wissenschaft erfolgte eine Bewertung der Evaluierungsberichte durch die Politik und im Zusammenspiel zwischen Politik und Statistik eine Festlegung auf ein Datenmodell für den Zensus 2021. Das Statistische Bundesamt begleitet das Rechtsetzungsverfahren sowohl in Europa als auch in Deutschland. Schon parallel zu den Vorgaben für die Rechtsgrundlagen sind die fachlichen Konzepte, Methoden und Verfahren für den Zensus 2021 (weiter) zu entwickeln, Gleiches gilt für die Stichprobenmethodik.

Nach der Entscheidung über die IT-Modelle und -Verantwortlichkeiten ist mit der Umsetzung zu beginnen. Dazu ist ein frühzeitiges Festschreiben der Fachkonzepte dringend erforderlich. Anschließend ist mit dem Neuaufbau eines Anschriften- und Gebäuderegisters (AGR) zu beginnen und die Befragungs- und Erhebungsmechanismen sind umfänglich zu testen und anzupassen, ehe die eigentliche Durchführung starten kann.



12 / 2027

Erweiterung des Datenangebots zu Migration und Integration

Im Fokus der Erweiterung des Datenangebots zu Migration und Integration steht das Ziel der Bemessung von Integrationsbedürfnissen und Integrationsfortschritten von Schutzsuchenden in Deutschland.

Dazu strebt das Statistische Bundesamt an, für die Ausländerstatistik neue Speicher-sachverhalte aus dem Ausländerzentralregister (AZR) zu erschließen. Hierzu gehören sozioökonomische Daten über Schutzsuchende, die beispielsweise Auskunft über Schulbildung, Beruf und Sprachkenntnisse geben. Ebenso werden Methoden zur Verknüpfung von Mikrozensus und AZR auf ihr Potenzial als zusätzliches Datenangebot zur Abbildung der sozioökonomischen Situation von Schutzsuchenden getestet und die Möglichkeiten des AZR für Verlaufsbetrachtungen geprüft, um beispielsweise die regionale Mobilität von Schutzsuchenden zu untersuchen.



03 / 2019

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Modernisierung der Haushaltserhebungen durch Mikrozensus 2020



06 / 2021

Mit der Umstellung auf den Mikrozensus 2020 wird ein kohärentes System geschaffen, in dem die derzeit von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder getrennt durchgeführten Haushaltserhebungen Mikrozensus (einschließlich Arbeitskräfteerhebung LFS), EU-SILC und IKT eng miteinander verzahnt werden. Die Verzahnung erstreckt sich von der Stichprobenauswahl über die Erhebungsinstrumente, das Aufbereitungsverfahren und betrifft nicht zuletzt auch die Auswertungsprogramme.

Die Modernisierung hat den Zweck, eine größere Homogenität zwischen den Erhebungen, aber auch zu internationalen Statistiklieferanten wie Eurostat herzustellen, die Datenbereitstellung zukünftig zu beschleunigen, eine übermäßige Belastung der Befragten zu vermeiden sowie durch die Nutzung einheitlicher Strukturen und Verfahren Kosten einzusparen. Darüber hinaus werden sich die Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten deutlich erhöhen, was unter anderem den zunehmenden politischen Bedarfen an besseren und umfassenderen Daten zu den Lebensverhältnissen privater Haushalte entspricht.

Weiterentwicklung der Zeitverwendungserhebung 2021 / 2022 (ZVE)



11 / 2024

Das Statistische Bundesamt unterstützt aktiv die europäische Arbeitsgruppe (Working Group Time Use Survey), die inhaltliche und methodische Empfehlungen für die nächste Datenrunde des sogenannten Harmonized European Time Use Survey (HETUS) entwickelt. Die nächste HETUS-Datenrunde plant Eurostat für 2020. Hierfür ist im Jahr 2018 in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein Projekt zur Vorbereitung und Durchführung der Erhebung zu planen. Insbesondere sollen die Planungen so weit vorangetrieben werden, dass im Rahmen der laufenden Legislaturperiode eine Rechtsgrundlage geschaffen werden kann. Ein Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens müsste für die nächste Datenrunde bis Ende 2020 erfolgt sein.

Auf Basis der Erfahrungen aus den vorangegangenen ZVE wird eine methodische und technisch-organisatorische Weiterentwicklung erfolgen. Die Vorgaben für die Neuprogrammierung des Verwaltungs- und Erfassungsprogramms für die ZVE 2021/2022 müssen im Anschluss an die Abstimmung mit dem BMFSFJ erstellt werden (Fachkonzept- und Lastenhefterstellung). Ein detaillierter Zeitplan für die Programmierung ist zu erarbeiten.

Weiterentwicklung der tagebuchgestützten Erhebungen (ab EVS 2023)



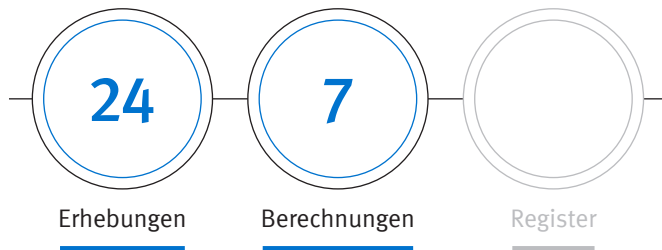
12 / 2020

Für die Datengewinnung in den tagebuchgestützten Haushaltserhebungen (EVS, LWR sowie neukonzipierte Wirtschaftsrechnungen, ZVE) werden spezielle Anwendungen zur Qualitätsverbesserung der Erhebungen entwickelt. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um eine konzeptionelle Neuentwicklung des zukünftigen Einsatzes von IT-Tools in einer Anwendung für Desktop und gleichermaßen für mobile Endgeräte. Unter Berücksichtigung der zunehmenden Digitalisierung ist eine Fortentwicklung der IT-Tools zwingend erforderlich.

Die Zeit bis April 2019 wird intensiv für die konzeptionelle Entwicklung der Anforderungen genutzt, um hier zu aktuellen technischen Entwicklungen aufzuschließen und möglicherweise komplette Neuentwicklungen im Bereich der tagebuchgestützten Erhebungen voranzutreiben. Den Befragten soll zukünftig die Möglichkeit gegeben werden, ihre Angaben zu Konsumausgaben oder Aktivitäten einfach und bequem von jedem Endgerät, also auch von unterwegs über ein mobiles Endgerät, etwa ein Smartphone, abgeben zu können. Damit wird das Statistische Bundesamt der zunehmenden Digitalisierung und dem Wunsch der Befragten nach attraktiven und zeitsparenden Erhebungsmethoden gerecht. Mit dem Einsatz dieser neuen Technologien werden Qualitätsverbesserungen bei der Datenerhebung, Entlastungen bei den Befragten sowie eine Erhöhung der Teilnahmebereitschaft erwartet.

3.2 Bildung, Forschung und Kultur

Was wir aktuell anbieten



Das Statistische Bundesamt liefert Informationen über das Bildungssystem, Aktivitäten in der Forschung sowie über kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen in Deutschland.

Über das Bildungsniveau der Bevölkerung wird im Bereich **Bildungsstand** anhand der Ergebnisse der Erhebungen aus dem Mikrozensus informiert. Hierzu werden Daten zur allgemeinen Schulausbildung und zum beruflichen Bildungsabschluss angeboten. Sie werden unter anderem nach Migrationsstatus, Staatsangehörigkeit und Erwerbsstatus zur Verfügung gestellt. Die **Schulstatistik** umfasst Daten zu allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Außerdem ermittelt sie Informationen zu Schülerinnen und Schülern – beispielsweise zu Einschulungen, Klassenwiederholungen und Abschlüssen – sowie zu Lehrkräften. Im Bereich **Berufliche Bildung** liegen Informationen zu Auszubildenden und den beliebtesten Ausbildungsberufen vor. Ebenso stehen Daten zu neu abgeschlossenen oder gelösten Ausbildungsverträgen zur Verfügung. Die **Hochschulstatistik** erfasst Daten zu Studierenden, Promovierenden, Habilitierten und Prüfungen an den staatlich anerkannten Hochschulen sowie an Berufsakademien, außerdem zum Personal und zu den Finanzen dieser Einrichtungen. Darüber hinaus werden hochschulstatistische Kennzahlen berechnet. Zur beruflichen **Weiterbildung** liefert die amtliche Statistik unter anderem Informationen zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen, zum Weiterbildungsangebot von Unternehmen sowie zu den Teilnahmequoten unter den Beschäftigten.

Zu **Forschung und Entwicklung** sind Informationen zu Umfang, Struktur und Entwicklung der finanziellen und personellen Ressourcen, die zur Durchführung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung eingesetzt werden, zu finden. Es liegen unter anderem Daten nach Sektoren (Staat und private Institutionen ohne Erwerbszweck, Hochschulen und Wirtschaft) sowie nach Bundesländern vor.

Die **Kulturstatistik** berichtet über Kulturausgaben der öffentlichen Haushalte, Kulturstätten, Mediennutzung, bürgerschaftliches Engagement und Sport. Darüber hinaus wird im Rahmen des Projektes „Bundesweite Kulturstatistik“ angestrebt, das kulturstatistische Datenangebot auszuweiten und zu verbessern.

Das **Bildungsbudget** gibt einen Überblick über die Ressourcenausstattung des Bildungswesens und zeigt den Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Zentrale Kennzahlen sind die Ausgaben je Schülerin und Schüler sowie die laufenden Grundmittel je Studentin und Studenten. Hinsichtlich der Ausbildungsförderung liegen Daten zur staatlichen Ausbildungsförderung (BAföG) sowie zur Aufstiegsfortbildungsförderung (Meister-BAföG) vor. Es stehen jeweils Informationen zur Zahl der Geförderten sowie zum finanziellen Aufwand zur Verfügung. Zum Deutschlandstipendium liegen Daten zur Anzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie den an sie weitergegebenen Mitteln vor.

Zu Kindern in **Kindertagesbetreuung** sowie zu Betreuungsquoten informiert der Themenbereich Kindertagesbetreuung. Hier stehen auch Daten zu Erzieherinnen und Erziehern sowie anderen in Kindertageseinrichtungen beschäftigten Personen zur Verfügung.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der Kultusministerkonferenz erstellt das Statistische Bundesamt jährlich den Bildungsfinanzbericht und arbeitet kontinuierlich am Bildungsbericht mit. Darüber hinaus beteiligt es sich am Bericht zum Wissenschaftlichen Nachwuchs und an der OECD-Publikation „**Bildung auf einen Blick**“, in der indikatorbasierte Informationen über die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme der OECD-Staaten und ihrer Partnerländer jährlich veröffentlicht werden.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Statistiken bilden die Grundlage für die Planung und die politische Gestaltung des Bildungswesens sowie des Kulturbereichs und dienen der internationalen Bildungs- und Kulturbichterstattung. Sie dienen ebenfalls als Grundlage für forschungspolitische Entscheidungen, die nationale Forschungsberichterstattung und internationale Vergleiche.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Bildungsstatistiken insbesondere durch die Implementierung des Hochschulstatistikgesetzes und den Aufbau eines Bildungsregisters nutzerorientiert weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Aufbau eines Bildungsregisters



2022

Die Bildungsstatistik ist aufgrund der föderalen Strukturen in der Bildungspolitik sehr heterogen strukturiert.

Ein noch aufzubauendes Bildungsregister könnte differenzierte Analysen zu Bildungsbeteiligung, -erfolg und -stand erlauben und so bildungspolitische Entscheidungsprozesse unterstützen. Mithilfe eines Bildungsregisters könnten zudem die für den künftigen Zensus erforderlichen Daten aus einem Statistikregister geliefert und damit Meldepflichten an internationale Institutionen wie die EU erfüllt werden, die andernfalls nur mit sehr aufwändigen Primärerhebungen bedient werden können.

Einrichtung einer flexiblen und aktuellen Auswertungsdatenbank für die Hochschulstatistik



12 / 2020

§ 8 der zum 1. März 2016 in Kraft getretenen Novelle des Hochschulstatistikgesetzes regelt die Einrichtung und den Betrieb einer zentralen Auswertungsdatenbank zur Hochschulstatistik. Die Datenbank ist beim Statistischen Bundesamt angesiedelt und bietet den zuständigen Fachbereichen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder flexiblen Zugriff auf die plausibilisierten Einzelangaben der Hochschulstatistiken. Die Datenbank ermöglicht den Ämtern einerseits, die regelmäßigen Auswertungen und Veröffentlichungen effizient und kohärent durchzuführen, andererseits erlaubt sie, Sonderauswertungen aktuell und bedarfsgerecht zu erstellen.

Abbildung der räumlichen Lage von Wissenschaftsstandorten



12 / 2019

Analysen auf Basis georeferenzierter Daten liefern einen besonderen Mehrwert, wenn unterschiedliche Datenquellen miteinander verknüpft werden. Wissenschaftsstandorte in Form von Hochschulen sowie öffentlichen und öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen werden durch unterschiedliche Erhebungen abgedeckt. Die Hochschulstatistik ist eine dezentrale Statistik, während die Statistik über Forschungseinrichtungen zentral durchgeführt wird. Ziel ist es, die Anschriften aller Standorte mit Gitterzellen zu versehen und statistikübergreifende Analysen durchzuführen.

Erstellung eines Datenpools für die Studienverlaufsstatistik



12 / 2019

Die Novelle des Hochschulstatistikgesetzes von 2016 ordnet in § 7 die regelmäßige Durchführung einer Studienverlaufsstatistik an.

Hierfür wird im Statistischen Bundesamt ein zentraler Datenpool eingerichtet, in dem verkürzte Einzeldatensätze aus der Studierenden- und Prüfungsstatistik ab dem Sommersemester 2017 sowie der neuen Promovierendenstatistik gespeichert werden. Ein mit den Datensätzen übermitteltes Pseudonym ermöglicht deren Verknüpfung in der Datenbank und damit die Analyse von Übergängen und Wechseln in der Hochschulausbildung sowie des Bildungserfolgs.

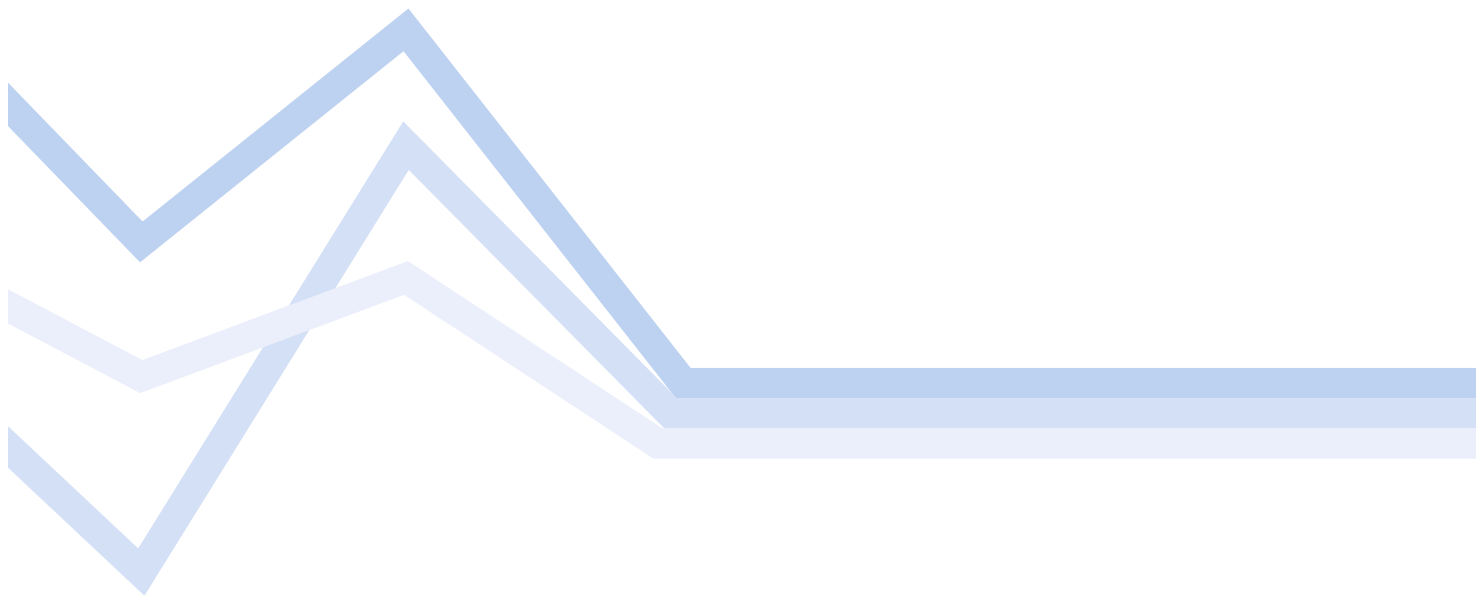
Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Konzeption und Durchführung einer Erhebung bei Anbietern von Aufstiegsfortbildung



07 / 2019

Aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 912/2013 der Kommission vom 23. September 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen besteht eine Lieferverpflichtung im Hinblick auf Statistiken über die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung. Um der Lieferverpflichtung zu entsprechen, muss eine Datengewinnungsstrategie bei Anbietern von Aufstiegsfortbildung konzipiert werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat das Statistische Bundesamt mit dieser Erhebung nach § 7 Absatz 1 Bundesstatistikgesetz beauftragt, um den aufgrund der internationalen Lieferverpflichtung kurzfristig aufgetretenen Datenbedarf zu bedienen.



3.3 Arbeitsmarkt und Soziales

Was wir aktuell anbieten



Erwerbsbeteiligung spielt in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle: Sie sichert den Lebensunterhalt und ermöglicht die Einordnung der einzelnen Menschen in das gesellschaftliche Gefüge. Außerdem trägt sie zu Wirtschaftswachstum und Wohlfahrt bei. Entsprechend vielfältig sind die amtlichen [Arbeitsmarktstatistiken](#) und ihre Quellen.

Grundlage für die Daten zu [Erwerbstätigen](#) ist die Erwerbstätigenrechnung. Sie wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf Basis aller wichtigen erwerbsstatistischen Quellen erstellt, insbesondere der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, des Mikrozensus, der Personalstandstatistik und der Statistik für Wirtschaftsbereiche. Eine weitere zentrale Statistik ist die international vergleichbare Arbeitsmarktstatistik nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen.

Die [Statistik über registrierte Arbeitslose](#), die stark im Fokus des nationalen öffentlichen Interesses steht, stammt von der Bundesagentur für Arbeit.

Für die meisten Menschen sind [Verdienste](#) der wichtigste Teil ihres Einkommens. Verdienste sind Arbeitseinkommen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Tätigkeiten regelmäßig beziehen. Für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stellen diese Verdienste Kosten dar: Zusammen mit den Lohnnebenkosten machen sie die [Arbeitskosten](#) aus. Die Daten über Verdienste und Arbeitskosten erlauben somit auch Einblicke in die Kostensituation der Wirtschaft und ihre Veränderung.

Die [Sozialleistungen](#) umfassen alle Geld- und Sachleistungen, die privaten Haushalten oder Einzelpersonen vom Staat bzw. von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Unternehmen zur Deckung bestimmter sozialer Risiken und Bedürfnisse gewährt werden. Sie dienen der sozialen Absicherung gegenüber Risiken sowie weiteren sozialpolitischen Aufgaben, wie der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialhilfe oder der Unterstützung pflegebedürftiger oder behinderter Menschen. Finanziert werden sie im Wesentlichen durch Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie durch Zuweisungen des Staates.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Statistiken zum Arbeitsmarkt und zu den Erwerbstätigen dienen der Arbeitsmarktbeobachtung auf nationaler und internationaler Ebene und werden als Konjunkturindikatoren für Arbeitsmarkt und Beschäftigung herangezogen. Sie leisten ebenso Beiträge zu den VGR.

Wichtige Informationsgrundlage, zum Beispiel für die Konjunkturanalyse und Geldpolitik, sind die Daten der Verdienst- und Arbeitskostenerhebungen. Sie werden für sozioökonomische Analysen der Lohndifferenzierung (z. B. Mindestlohn, Niedriglohnsektor, Gender Pay Gap) und zur Beobachtung der aktuellen Arbeitskosten und Verdienste (z. B. für Tarifverhandlungen oder Standortvergleiche) benötigt.

Ergebnisse der Sozialstatistiken werden als Grundlage für politische Entscheidungen, für die Forschung und Wissenschaft sowie für Regierungsberichte verwendet. Sie dienen ebenfalls der Information der Öffentlichkeit.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Arbeitsmarktstatistiken insbesondere durch die Erprobung neuer Methoden zur Datengewinnung weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Erschließung neuer digitaler Datenquellen für Arbeitsmarktstatistiken (Big Data)



09 / 2018

Für die Integration aus Big Data gewonnener Daten in die amtliche Statistik fehlen bislang weitgehend praktische Erfahrungen. Die Durchführung von Pilotstudien ist ein erster notwendiger Schritt, um Potenziale und Risiken der Nutzung von Big Data in verschiedenen Fachgebieten konkret einschätzen zu können. Ziel des Projektes zur „Internetbasierten Erfassung offener Stellen“ des European Statistical System Network (ESSnet) ist es, im Sinne einer Machbarkeitsstudie eine mögliche Ergänzung der amtlichen Statistik zu diesem Thema zu konzipieren. Hierzu soll auf öffentlich zugängliche Internetangebote von Jobportalen zugegriffen werden (Web Scraping). Untersucht werden soll die rechtliche und technische Machbarkeit einer Datenerhebung auf dieser Grundlage sowie die fachliche Eignung der bei den Jobportalen vorliegenden Informationen für Zwecke der Arbeitsmarktstatistik. In weiteren Projekten bzw. Machbarkeitsstudien werden Möglichkeiten untersucht, kleinräumige Daten zum Arbeitsmarkt (City Data from LFS and Big Data) sowie zur Tagesbevölkerung mithilfe von Mobilfunkdaten darzustellen.

Aufbau einer unterjährigen ILO-Arbeitsmarktstatistik im Rahmen des Mikrozensus 2020



09 / 2020

Auf Basis der neuen Rechtsgrundlagen für den Mikrozensus ab 2020 und der neuen EU-Rahmenverordnung für Statistiken über Personen und Haushalte bzw. EU-Durchführungsverordnung für die Arbeitskräfteerhebung werden die Haushaltserhebungen (Mikrozensus – MZ, Arbeitskräfteerhebung – AKE, Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen – EU-SILC, Erhebung über die Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten – IKT) auf ein integriertes System umgestellt (siehe hierzu auch 3.1 *Menschen in Deutschland* „Modernisierung der Haushaltserhebungen durch Mikrozensus 2020“). Damit werden die methodischen Voraussetzungen für die Veröffentlichung von vierteljährlichen Ergebnissen im Rahmen der international vergleichbaren ILO-Arbeitsmarktstatistik geschaffen. Die unterjährige Arbeitsmarktstatistik liefert die Datengrundlage für die Konjunkturberichterstattung und ergänzt damit die jährliche Berichterstattung zu strukturellen Zusammenhängen auf dem Arbeitsmarkt.

Weiterentwicklung der Berichterstattung zur Qualität der Arbeit



Daueraufgabe

Durch die Vorlage des Berichtes der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2009) sowie die internationale Arbeitsmarktforschung hat die Bedeutung von Indikatoren über die Qualität bezahlter Arbeit in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Seit dem Jahr 2012 wurden von einer Arbeitsgruppe der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) Empfehlungen für die Operationalisierung und Interpretation von Indikatoren zur Qualität der Arbeit entwickelt, die nun umgesetzt werden. Dazu ist zum einen vorgesehen, die Informationen über das Handbuch zur Messung der Qualität der Arbeit sowie über gelungene nationale Ansätze zur Veröffentlichung von Daten weiter zu verbreiten. Zum anderen wird auch das Indikatoren-Set zur Berichterstattung weiterentwickelt. Dies schließt sowohl die Präzisierung der Empfehlungen zur Aufbereitung und Interpretation bereits bestehender Indikatoren als auch die Entwicklung neuer Indikatoren (z. B. zu Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch Digitalisierung) ein. Die Arbeiten werden von einer UNECE-Expertengruppe koordiniert.

Das Statistische Bundesamt wird sich an den Arbeiten dieser Gruppe weiterhin beteiligen und die Empfehlungen in der bereits bestehenden Berichterstattung zur Qualität der Arbeit so weit wie möglich umsetzen.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Umsetzung der europäischen Vorgaben für den Labour Force Survey aus der Verordnung im Mikrozensus 2020



2020 – 2021

Auf Basis der neuen Rechtsgrundlage für den Mikrozensus ab 2020 und der neuen EU-Rahmenverordnung für Statistiken über Personen und Haushalte bzw. EU-Durchführungsverordnung für die Arbeitskräfteerhebung ab 2021 werden die Haushaltserhebungen (MZ / AKE, EU-SILC, IKT) auf ein integriertes System umgestellt (siehe hierzu auch 3.1 *Menschen in Deutschland* „Modernisierung der Haushaltserhebungen durch Mikrozensus 2020“). Dafür gilt es sicherzustellen, dass die Vorgaben aus den europäischen Verordnungen in der Ausgestaltung des integrierten Systems der Haushaltsstatistiken (MZ2020) berücksichtigt werden. Dies gilt für neue oder veränderte Merkmale ebenso wie für methodische Vorgaben zur Erhebung oder zur Hochrechnung der Ergebnisse.

Weiterentwicklung der Verdienststatistiken

Aktuell liefert die Vierteljährliche Verdiensterhebung (VVE) quartalsweise Konjunkturdaten und die Verdienststrukturhebung (VSE) vierjährlich Strukturdaten über die Verdienste in Deutschland. Während im Rahmen der VSE Angaben über alle Betriebe auf der Basis von Einzelangaben der Beschäftigungsverhältnisse erfasst werden, werden in der VVE über Beschäftigtengruppen aggregierte Angaben von Betrieben mit zehn und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aller Wirtschaftsabschnitte (mit Ausnahme des Abschnitts „Land-, Forstwirtschaft und Fischerei“) ermittelt.

Die Erfüllung neuer Datenwünsche – geäußert beispielsweise durch die Mindestlohnkommission sowie die Frauen- und Gleichstellungsministerkonferenz – macht eine Verkürzung der Periodizität der Strukturdaten notwendig. Unter der Voraussetzung einer Änderung des Verdienststatistikgesetzes soll dies durch eine Verzahnung von VVE und VSE erreicht werden: Die VVE wird auf monatliche Einzelangaben für Beschäftigte umgestellt und die bisher nicht berücksichtigten Kleinstbetriebe sowie der Wirtschaftsabschnitt „Land-, Forstwirtschaft und Fischerei“ werden zur Verbesserung der Konsistenz in die Erhebung einbezogen.

Durch eine maximal mögliche Reduktion des Merkmalskataloges und eine stringente Abgrenzung der zu erhebenden Merkmale auf die im betrieblichen Rechnungswesen vorliegenden Angaben kann gleichzeitig eine Entlastung der Auskunftspflichtigen erreicht werden. Zur Erfüllung der Lieferverpflichtungen gegenüber Eurostat wird weitgehend auf die Ergebnisse der neuen monatlichen Erhebungen (ergänzt um Schätzmodelle und die Verwendung weiterer Verwaltungsdaten / Statistikquellen) zurückgegriffen, sodass nur noch eine geringe Anzahl an Angaben in mehrjährigen Abständen zusätzlich erhoben werden muss.

Die auf diese Weise neu designte Verdiensterhebung erfordert aufseiten der amtlichen Statistik neue, möglichst vollständig automatisierte Verfahren der Datenaufbereitung. Hierfür wird der Einsatz von Softwarelösungen getestet, die auf Machine-Learning-Verfahren basieren (siehe nachfolgende Maßnahme).



06 / 2021

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Automatisierte Plausibilisierung / Imputation in der Verdiensterhebung

In diesem Pilotprojekt soll bis Ende 2018 ein Verfahren zur automatisierten Plausibilisierung und Korrektur fehlender Angaben (Imputation) in den Verdienststatistiken getestet werden. Hierzu soll das Programm HoloClean verwendet werden. Es kann unter Einsatz maschinellen Lernens bereits bestehende Regeln der Plausibilisierung nutzen und fehlerhafte Angaben automatisch korrigieren. Eine manuelle Plausibilisierung ist nur noch in Einzelfällen nötig. Das schafft die Möglichkeit, monatlich mehrere Millionen Datensätze effizient zu verarbeiten, wie es die momentanen Planungen zur Erneuerung der Verdienststatistiken notwendig machen.

Darüber hinaus lernt das System über die Zeit und kann selbst neue Regeln aufstellen. Nach der Installation von HoloClean wird ein Konzept zur Plausibilisierung und Imputation von lohnstatistischen Einzeldaten am Beispiel der VVE erstellt. Dazu werden in einem iterativen Verfahren mehrere Testläufe anhand der unplausibilisierten Einzeldatensätze der Verdienststrukturerhebung durchgeführt, mit dem plausibilisierten Datenmaterial verglichen und bewertet.



12 / 2018

Erhöhung der Aktualität der Sozialstatistiken

Durch die Optimierung von Prozessen zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder sollen die Ergebnisse schneller, medienbruchfrei und qualitativ hochwertig präsentiert werden. Die Aufbereitungszeit im Statistischen Bundesamt für die Sozialstatistiken wird bereits seit dem Jahr 2017 verkürzt. Weitere Verkürzungen sind für 2018 geplant. Dazu sollen die Maßnahmenvorschläge umgesetzt werden, soweit sie für die jeweilige Statistik geeignet sind.

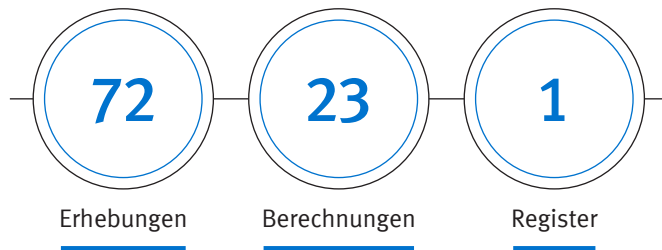
Die Statistischen Ämter der Länder wurden zu ihren Prozessschritten befragt, um hieraus Vorschläge für Verbesserungen der Prozesse in den Ämtern abzuleiten. In den Referentenbesprechungen werden die Ergebnisse diskutiert und mit allen statistischen Ämtern gemeinsam in konkrete Maßnahmen zur Prozessoptimierung umgesetzt. Ergänzend zu dieser Informationsbeschaffung wird speziell für eine Erhebung, nämlich die Asylbewerberleistungsstatistik (Regelleistungen), ein konkretes Maßnahmenbündel entwickelt, mit den Statistischen Ämtern der Länder besprochen und durchgeführt.



12 / 2020

3.4 Wirtschaft und Energie

Was wir aktuell anbieten



Die deutsche Wirtschaft ist vorwiegend mittelständisch geprägt: Die Unternehmenslandschaft wird vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt. Hierzu gehört auch die überwiegende Zahl der Handwerksunternehmen.

Angaben über Zahl und Struktur der Unternehmen entstammen dem [Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke \(Statistikregister\)](#). Es bildet damit die Infrastruktur für alle Wirtschaftsstatistiken. Dieses Register bedient sich vornehmlich administrativer Quellen und entlastet somit die Wirtschaft von vermeidbarem Erhebungsaufwand. Das Statistikregister wird auch herangezogen, um Informationen über auslandskontrollierte Unternehmen zu gewinnen. Dies ermöglicht unter anderem, den Weltmarkteinfluss auf die global verflochtenen Unternehmen im Inland zu beobachten.

Das [Verarbeitende Gewerbe, der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden](#) gehören zum Produzierenden Gewerbe. Die monatlichen Produktionserhebungen und die Monatsberichte dienen der kurzfristigen Berichterstattung in diesem Bereich. Zudem werden wichtige Indikatoren (z. B. der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe und der Produktionsindex) zur Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland berechnet, die auf den oben genannten Angaben und weiteren Datenquellen basieren. Ergänzt werden sie durch vierteljährliche Erhebungen, die zusätzliche Informationen über die Struktur und den Umfang der Güterproduktion bereitstellen. Die Strukturerhebungen liefern Informationen über die Zu- und Abgänge beim Anlagenvermögen (Investitionen und Verkäufe von Sachanlagen) sowie über die Kosten- und Leistungsstrukturen und den Material- und Wareneingang. Die Ergebnisse der Strukturerhebungen bilden vielfach die Grunddaten für weitergehende sekundärstatistische Berechnungen, zum Beispiel für die Bestimmung der Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt. Ebenfalls in den Bereich des Verarbeitenden Gewerbes fallen die Düngemittelstatistik und die Holzbearbeitungsstatistik, die als gesonderte Fachstatistiken dargestellt werden.

Das [Handwerk](#) wird durch die Handwerksordnung definiert. Handwerksunternehmen sind in nahezu allen Wirtschaftsbereichen tätig, neben dem Baugewerbe und dem Verarbeitenden Gewerbe auch im Handel und im Dienstleistungsbereich. Nach dem Handwerkstatistikgesetz werden Angaben über das Handwerk zum einen in einer Konjunkturstatistik (vierteljährliche Handwerksberichterstattung) und zum anderen in einer Strukturerhebung (Handwerkszählung) nachgewiesen. Die Handwerksstatistiken basieren vollständig auf Verwaltungsdaten.

Die [Gewerbeanzeigenstatistik](#) liefert Informationen über alle An- und Abmeldungen von gewerblichen Unternehmen und Betrieben. Aus den Gewerbeanmeldungen lassen sich unter anderem auch Neugründungen und Schließungen ermitteln. Die Schließungen enthalten auch Gewerbeabmeldungen aufgrund von Unternehmensinsolvenzen.

Umfangreiche Informationen über Insolvenzen stehen aus den [Insolvenzstatistiken](#) zur Verfügung. Die monatliche Statistik über beantragte Insolvenzverfahren liefert Informationen über Insolvenzen, sobald die Entscheidungen der Amtsgerichte über die Insolvenzeröffnungsanträge vorliegen. Die jährliche Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung stellt Informationen über das Ergebnis von Insolvenzverfahren bereit, beispielsweise über den Anteil der Forderungen, den die Gläubigerinnen und Gläubiger zurückerhielten, sowie über den Sanierungserfolg bei Unternehmensinsolvenzen.

In der Rubrik [Binnenhandel, Gastgewerbe](#) sind Ergebnisse zum Großhandel, Einzelhandel und Gastgewerbe zu finden. Der Großhandel bietet monatliche Daten zu Umsatz und Beschäftigten (Konjunkturdaten). Zudem liegen Informationen zu längerfristigen Entwicklungen, zum Beispiel Jahresangaben zur Zahl der Unternehmen oder zu Entgelten (Strukturdaten) vor. Neben Konjunkturdaten bietet auch die Einzelhandelsstatistik Strukturdaten, zum Beispiel zur Zahl der Unternehmen und Beschäftigten sowie zu den Entgelten. Genauso liefert das Gastgewerbe sowohl unterjährige Angaben (Konjunkturdaten) als auch Informationen zu längerfristigen Entwicklungen (Strukturdaten), etwa zur Zahl der Beschäftigten oder zum Umsatz.

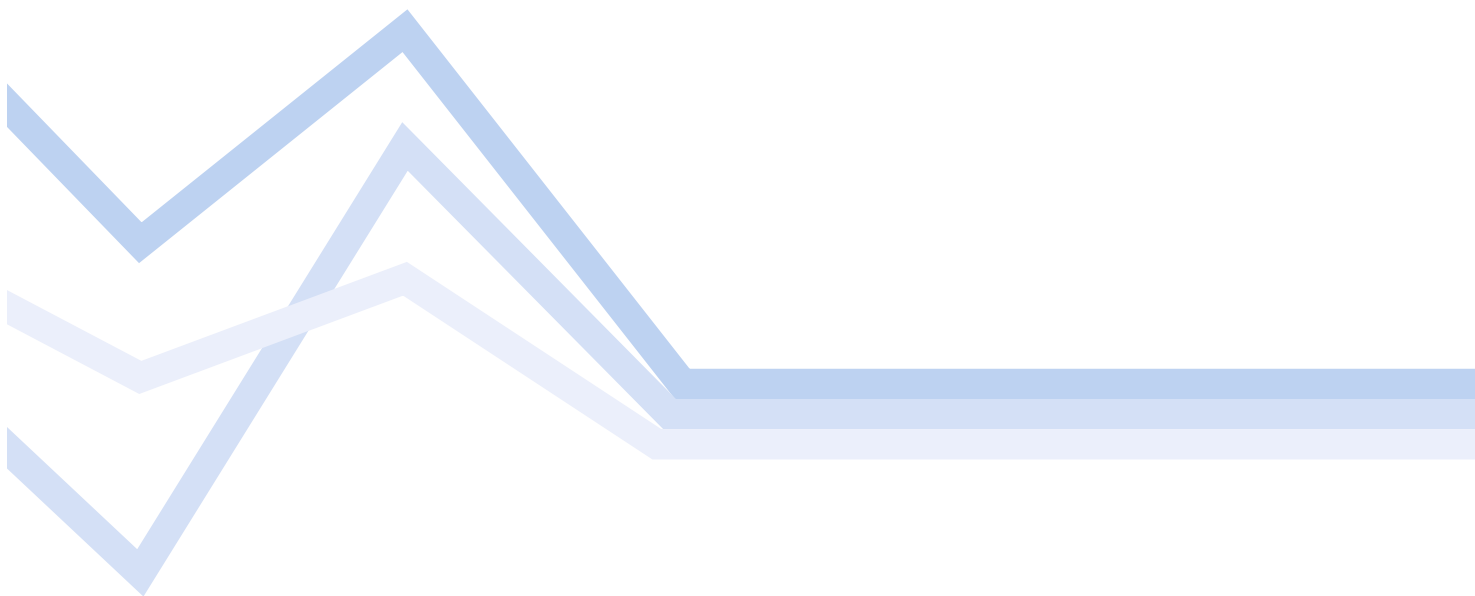
Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land aber auch auf Importe – insbesondere im Energiebereich (Erdöl, Erdgas) – angewiesen. Gegenstand der [Außenhandelsstatistik](#) ist der grenzüberschreitende Warenverkehr mit dem Ausland. Wichtige Erhebungsmerkmale sind die Lieferrichtung, also Import und Export, die Warenart und das Partnerland. An der Entwicklung der Außenhandelsdaten lässt sich ablesen, welche Waren und Handelspartner an Bedeutung gewinnen oder verlieren.

Im Dienstleistungsbereich expandierten in den vergangenen Jahren vor allem die unternehmensnahen [Dienstleistungen](#). Telekommunikationsdienstleistungen, elektronische Informationsbeschaffung und -verarbeitung, Logistik und Leasing prägen Struktur und Entwicklung der Wirtschaft immer stärker, weil hier – im Rahmen der sich vertiefenden Arbeitsteilung – Leistungen für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit bereitgestellt werden. Das gilt auch für die vielfältigen Dienstleistungen mit beratendem Charakter und nicht zuletzt für Finanzdienstleistungen. Im Hinblick auf die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung ist das Gesundheitswesen ein weiterer wichtiger Dienstleistungsbereich. Die Kostenstrukturstatistiken geben unter anderem Aufschluss über die wirtschaftliche Lage von Arzt- und Zahnarztpraxen, Massagetherapeuten, Praxen von Psychotherapeutinnen und -therapeuten sowie Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern.

Die [Energie- und Wasserversorgung](#) sowie die Entsorgungswirtschaft zählen zum Produzierenden Gewerbe. Die Erhebungen in diesem Bereich erstrecken sich auf sämtliche Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Wärme- und Kälte- und Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallbeseitigung. Ihre besondere Aufmerksamkeit erlangen diese Statistiken einerseits wegen der versorgungs- und sicherheitsstrategischen Aspekte, die bei der Energie- und Wasserversorgung einer Volkswirtschaft zu beachten sind, andererseits wegen der umweltpolitischen Bedeutung der Entsorgungswirtschaft.

In der [Preisstatistik](#) werden Ergebnisse von zeitlichen Preisvergleichen in Form von Indizes nachgewiesen. Das deutsche preisstatistische System folgt dabei in seinem Aufbau den Stufen, die Güter auf ihrem Weg vom Import oder von der Produktion bis zum Endverbrauch oder Export durchlaufen können. Die Indizes beziehen sich auf die Wirtschaftsstufen der Einfuhr, der Erzeugung, des Handels, des privaten Konsums und der Ausfuhr. Absolute Durchschnittspreise in Euro werden in der amtlichen Preisstatistik nur für Energieträger wie zum Beispiel leichtes Heizöl, als Kaufwerte für Bauland sowie für landwirtschaftliche Grundstücke berechnet.

Ein unverzichtbares Instrumentarium für die Wirtschaftsbeobachtung sind die [Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen \(VGR\)](#). Sie vermitteln ein umfassendes quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens. Die VGR bestehen aus der Inlandsproduktberechnung, der Input-Output-Rechnung, der Verteilungs- und Vermögensrechnung sowie der Erwerbstätigen-, der Arbeitsvolumen- und der Finanzierungsrechnung.



Wozu werden die Daten verwendet?

Das Statistikregister ist die Infrastruktur für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Unternehmens- und Betriebserhebungen. Es wird als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen herangezogen und zählt als Grundlage für den Ersatz von Zählungen und spezifischen Erhebungen. Weiterhin stellt es Strukturdaten über Unternehmen bereit.

Die Wirtschaftsstatistiken werden als Grundlage für wirtschafts-, geld-, arbeitsmarkt- und regionalpolitische Maßnahmen genutzt. Sie gelten als Konjunkturindikatoren und liefern wichtige Informationen bzw. Basisdaten für die VGR. Die Berichterstattung im Rahmen der EU-Struktur-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 275/2010) und der Verordnung über die gemeinsame europäische Produktionsstatistik PRODCOM (Verordnung (EWG) Nr. 3924/1991) erfolgt auf Basis dieser Daten, ebenso die Marktbeobachtung in allen Wirtschaftsbereichen.

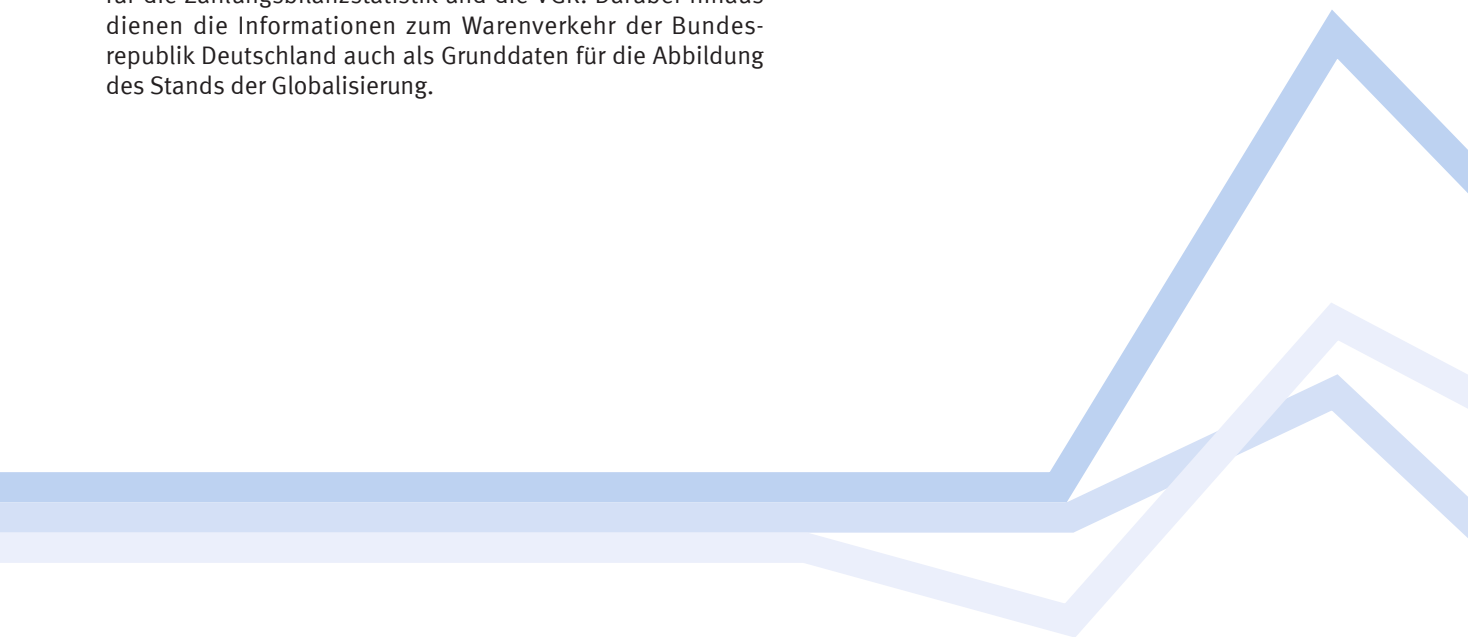
Die Energiestatistiken sind Informationsgrundlage für die Sicherstellung einer nachhaltigen Energie- und Wasserversorgung und liefern wichtige Basisdaten für die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR).

Die Außenhandelsstatistik gehört zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF). Ihre Ergebnisse sind eine bedeutende Informationsquelle für die Zahlungsbilanzstatistik und die VGR. Darüber hinaus dienen die Informationen zum Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland auch als Grunddaten für die Abbildung des Stands der Globalisierung.

Als Indikatoren für das Benchmarking zur Digitalen Agenda des Bundes werden die Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik verwendet.

Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. So ist beispielsweise der nationale Verbraucherpreisindex ein zentraler Indikator zur Beurteilung der Geldwertentwicklung in Deutschland. Auch sind Preisindizes in Form von Wertsicherungsklauseln häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen in privaten als auch in gewerblichen Verträgen. Mithilfe von Preisindizes werden zudem nominale wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt um Preisänderungen bereinigt, um reale Wachstumsraten ermitteln zu können.

Die Daten der VGR dienen der Beschreibung und Analyse der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Sie werden auch für die Rentenanpassung und für die Berechnung der Eigenmittelzahlungen der Mitgliedstaaten an die EU herangezogen sowie um die Einhaltung der Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakts (EU-Stabilitätspakt) zu überprüfen. Darüber hinaus sind sie eine Datengrundlage für andere Gesamtrechnungs- und Satellitensysteme (z. B. VGR der Länder, UGR, Haushaltsproduktion, Gesundheit, Sport) und werden für die Analyse sozioökonomischer Entwicklungen und zur Wohlfahrtsmessung genutzt.



Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Wirtschaftsstatistiken insbesondere durch die Umsetzung der Anforderungen aus der EU-Rahmenverordnung zu den Unternehmensstatistiken (Framework Regulation Integrating Business Statistics – FRIBS) sowie die Einführung des EU-Unternehmensbegriffs in den Strukturstatistiken weiter.

Die Energiestatistiken entwickeln wir insbesondere durch eine bessere, die verschiedenen Erhebungen übergreifende Harmonisierung der Merkmalsdefinitionen weiter.

Die Preisstatistiken entwickeln wir insbesondere durch die Nutzung digitaler Daten weiter.

Die VGR entwickeln wir insbesondere durch vorbereitende Arbeiten zu einer beschleunigten nationalen BIP-Veröffentlichung sowie durch methodische Analysen, etwa zu den Folgen der Globalisierung und Digitalisierung für die Statistik, weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Vorbereitung der Umsetzung der EU-Rahmenverordnung zu den Unternehmensstatistiken (FRIBS)

Im März 2017 hat die Europäische Kommission (Eurostat) dem Europäischen Parlament und dem Rat den Entwurf für ein Rahmengesetz für die gesamte Unternehmensstatistik vorgelegt, der eine Reihe der bisherigen Rechtsgrundlagen zur Unternehmensstatistik ersetzen soll.

Ziel des Entwurfes ist es, den Abdeckungsbereich der Unternehmensstatistik zu erweitern und die Unternehmensstatistik insgesamt zu einem flexibleren und konsistenten Teilsystem des Europäischen Statistischen Systems weiterzuentwickeln.

Die genannte Gesetzesinitiative, die derzeit noch in Rat und Parlament verhandelt wird, hat Auswirkungen auf das gesamte nationale System der Unternehmensstatistik in Deutschland, sodass die erforderlichen Anpassungen (insgesamt rund 20 Maßnahmen) vorbereitet und aufeinander abgestimmt werden müssen. Da nach der Verabschiedung des Rahmengesetzes und der zugehörigen Durchführungsbestimmungen voraussichtlich nur sehr kurze Übergangsfristen zur Verfügung stehen werden, hat die Umstellungsplanung und -vorbereitung bereits begonnen.

Nach derzeitiger Planung soll 2020 das erste Berichtsjahr nach der neuen Verordnung sein.



12 / 2020

Aufbau von Large Cases Units (LCU)

Der Grundgedanke einer Large Cases Unit (LCU), wie sie in verschiedenen statistischen Ämtern in der EU bereits eingerichtet sind, ist die besondere Beobachtung und Informationssammlung zu den größten Unternehmensgruppen mit entsprechender wirtschaftlicher Bedeutung.

Diese Beobachtung soll einerseits sicherstellen, dass für diese Unternehmensgruppen konsistente Angaben im Rahmen der verschiedenen Wirtschaftsstatistiken erhoben werden. Andererseits soll sie frühzeitig eventuelle Strukturänderungen dieser großen Unternehmensgruppen erkennen und die entsprechend notwendigen Anpassungen in den verschiedenen Wirtschaftsstatistiken gewährleisten. Ein Gesichtspunkt liegt dabei auf nationaler Ebene in der Konsistenz zwischen verschiedenen Wirtschaftsstatistiken einschließlich Zahlungsbilanzstatistik und VGR. Ein anderer Gesichtspunkt liegt aber auch in der Sicherstellung der internationalen Konsistenz. Im Rahmen des geplanten Projektes LCU ist zu untersuchen, wie eine aufzubauende LCU an die bestehenden Gegebenheiten der amtlichen Statistik in Deutschland angefügt werden kann, bzw. inwiefern diese Gegebenheiten durch das Projekt modifiziert werden müssen.

International gibt es inzwischen eine Reihe von höchst unterschiedlichen Ansätzen, den Arbeitsgegenstand einer LCU zu organisieren.



12 / 2020

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Einführung der EU-Unternehmensdefinition und Profiling



03 / 2020

Der EU-Aktionsplan zur Einführung der EU-Unternehmensdefinition führt zu einer umfassenden Änderung der Strukturstatistiken. Aufgabe des Profiling ist es, statistische Unternehmen als Teil von Unternehmensgruppen zu identifizieren und Kernmerkmale, etwa Sitz und Wirtschaftszweig, zu ermitteln. Hierzu ist die Koordinierung und fachliche Unterstützung der Profilerinnen und Profiler in den Statistischen Ämtern der Länder und die Weiterentwicklung der Profiling-Methoden notwendig.

Das erste Profiling im Echtbetrieb wird für das Berichtsjahr 2018 durchgeführt. Ergebnisse werden bis März 2020 vorliegen. Die mithilfe des Profiling gewonnenen Erkenntnisse müssen im Statistikregister gespeichert und weiterverarbeitet werden. Der notwendige Ausbau der Datenbank ist bereits erfolgt. Die Informationen werden dann für die eigentliche Einführung der EU-Unternehmensdefinition in den Strukturstatistiken ab dem Berichtsjahr 2018 genutzt.

Die Methodenentwicklung und Realisierung erfolgt in Bund-Länder-Projektgruppen.

Globalisierung



04 / 2019

Im Zuge der europäischen Diskussionen zur Globalisierung haben sich neue Herausforderungen ergeben. Die frühzeitige Erkennung und konsistente Behandlung von grenzüberschreitenden Umstrukturierungen multinationaler Unternehmensgruppen (MNE), die sich auch in veränderten Waren- und Zahlungsströmen manifestieren, verlangen neue Lösungen in den Wirtschaftsstatistiken und den VGR.

Vor dem Hintergrund der Kritik des Europäischen Rechnungshofs in Bezug auf mögliche Risiken bei der Ermittlung des Bruttonationaleinkommens wurde von Eurostat ein Pilotprojekt zur Untersuchung von 25 multinationalen Unternehmensgruppen aufgelegt. Bis zum Frühjahr 2019 soll die Konsistenz der Erfassung von Wertschöpfung und geistigem Eigentum vor dem Hintergrund der grenzüberschreitenden Verlagerungen wirtschaftlicher Aktivitäten multinationaler Unternehmen am Beispiel dieser 25 Unternehmensgruppen länderübergreifend geprüft werden.

Hierzu finden gemeinsame Analysen aller nationalen Statistikämter in der EU statt. Inhaltlich geht es dabei um die Frage der adäquaten Erfassung von grenzüberschreitenden Liefer- und Wertschöpfungsketten im Rahmen der VGR. Mittel- und langfristig werden hierfür tragfähige organisatorische Ansätze, geeignete Datenquellen und rechtliche Möglichkeiten für den EU-weiten Mikrodatabaustausch benötigt, damit die nationalen Statistikämter die Aktivitäten der MNE angemessen erfassen können. Hierzu soll auch das oben beschriebene Projekt zum Aufbau einer LCU wichtige Impulse beisteuern.

Modernisierung der Konjunkturstatistik im Handel und im Dienstleistungsbereich



12 / 2018

Derzeit werden die Konjunkturstatistiken im Handel und im Dienstleistungsbereich mit unterschiedlichen IT-Anwendungen separat aufbereitet. Im Zuge einer Modernisierung werden zukünftig nahezu identische Anforderungen an die Konjunkturstatistiken in beiden Wirtschaftsbereichen gestellt. Aufgrund der wenigen Erhebungsmerkmale und der nahezu identischen Anforderungen bietet es sich daher an, die Aufbereitung der Konjunkturstatistiken für beide Bereiche zu harmonisieren.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Modernisierung Intrastat

Im Einklang mit der Vision 2020 des Europäischen Statistischen Systems soll die Intra-handelsstatistik (Intrastat) so modernisiert werden, dass europaweit eine Entlastung der auskunftgebenden Unternehmen (um mindestens 25 %) erreicht und gleichzeitig das hohe Qualitätsniveau aufrechterhalten wird.

Der Austausch der Mikrodaten zwischen EU-Mitgliedstaaten über die Intra-EU-Exporte wird im Rahmen der EU-Rahmenverordnung zu den Unternehmensstatistiken (FRIBS) verpflichtend eingeführt, während die Entscheidung über die Nutzung der Mikrodaten den Mitgliedstaaten überlassen bleibt.

Damit einher geht die Abschaffung des Mindest-Abdeckungsgrades auf der Importseite. In Deutschland ist eine komplette Abschaffung der nationalen Erhebung der Intra-EU-Importe nicht vorgesehen, jedoch die Reduzierung des Abdeckungsgrades für die Intra-EU-Importe (derzeit 93 %). Die Versendungsdaten der Partnerländer sollen dann als Ergänzung zur nationalen Erhebung dienen, indem daraus die Verteilungsstruktur nach Ländern und Warennummern für den nicht erhobenen Teil generiert wird. Vor diesem Hintergrund wird die derzeitige Zuschätzungsmethode überprüft und an die neuen Gegebenheiten angepasst.



12 / 2018

Einführung eines Dienstleistungsproduktionsindex

Die EU-Rahmenverordnung zu den Unternehmensstatistiken (FRIBS) verlangt die Einführung eines Dienstleistungsproduktionsindex. Bestandteil dieses Index soll die Konjunkturstatistik im Gastgewerbe sein. Hierzu müssen entsprechende Indizes für diesen Wirtschaftsabschnitt erstellt werden. Um den Anforderungen aus FRIBS nachzukommen, ist außerdem die Entwicklung und Bereitstellung einer (Bund-Länder-)Auswertungsdatenbank für die Erstellung von Konjunkturstatistiken im Handel und im Dienstleistungsbereich erforderlich.

Die Erstellung von Dienstleistungsproduktionsindizes werden nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) für die Wirtschaftsabschnitte „Verkehr und Lagerei (H)“, „Gastgewerbe (I)“, „Information und Technologie (J)“, „Grundstücks- und Wohnungswesen (L)“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (M)“ (mit Ausnahme der Wirtschaftszweige „Verwaltung und Führung von Unternehmen und Behörden (70.1)“, „Forschung und Entwicklung (72)“ und „Veterinärwesen (75)“) und „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (N)“ verpflichtend. Um inflationsbereinigte Daten bereitstellen zu können, fehlt noch eine große Zahl von Erzeugerpreisindizes. Die Ausweitung des Erfassungsbereichs der Erzeugerpreise für Dienstleistungen wird angegangen.



12 / 2022

Neugestaltung der Energiestatistiken, insbesondere Ausweitung der Bereiche Erneuerbare Energien und Wärme

Die Novelle des Energiestatistikgesetzes aus dem Jahr 2017 schließt wesentliche Lücken im Datenbestand der amtlichen Energiestatistiken und somit auch in den nationalen Energiebilanzen. Mit detaillierten Befragungen zu Wärmeherzeugung, Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozessen und erneuerbaren Energien werden bestehende Erhebungen sinnvoll erweitert. Zudem sind mit den Erhebungen zu Speicheranlagen und Mineralölhandel wichtige neue Bereiche hinzugekommen. Insbesondere die Ausweitung des Datenangebots zu erneuerbaren Energien wird zu einem Bedeutungszuwachs der amtlichen Energiestatistiken führen.


Die Umsetzung erfolgt in zwei Schritten: Für die Monatserhebungen erfolgt die Anwendung des novellierten Energiestatistikgesetzes ab dem Berichtsmonat Januar 2018. Erste Ergebnisse wurden im Frühjahr 2018 veröffentlicht. Die neuen Jahreserhebungen werden aufgrund der engen Verzahnung von monatlichen und jährlichen Erhebungen erstmals für das Berichtsjahr 2018 durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Herbst 2019 veröffentlicht.



12 / 2019

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Digitalisierung in der Preisstatistik (Nutzung von Scannerdaten / Einsatz von Web Scraping)

 02 / 2021

Die Handelslandschaft ändert sich aktuell mit großer Geschwindigkeit, insbesondere der Onlinehandel weist in bestimmten Bereichen starke Wachstumsraten auf. Auch wird die Produktpalette weiter ausdifferenziert und Produktwechsel sowie Preisänderungen erfolgen zum Teil immer schneller (dynamische Preissetzung). Die manuelle Preiserhebung im Internet und die bisherige Preiserhebung vor Ort durch Preisermittlerinnen und -ermittler stoßen damit zusehends an ihre Grenzen.

Im Rahmen der Digitalisierung der Preisstatistik soll daher die Preiserhebung im Internet durch Web Scraping ausgeweitet, automatisiert und standardisiert werden, um auf eine effizientere Weise eine größere Anzahl Preise als bisher zu erheben. Zudem werden Transaktionsdaten aus Unternehmen (z. B. Scannerdaten) auf ihre Einsatzmöglichkeiten in der Preisstatistik untersucht. Mit diesen neuen Verfahren der Datengewinnung soll die Qualität der Ergebnisse dauerhaft sichergestellt und voraussichtlich sogar verbessert werden.


Durchschnittspreise für Strom und Gas

 07 / 2019

Die Verordnung (EU) 2016/1952 über europäische Erdgas- und Strompreisstatistik verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, halbjährlich Durchschnittspreise für Strom und Gas bei der Abgabe an Endverbraucherinnen und Endverbraucher zu liefern. Die Daten werden dabei untergliedert nach Haushalts- und Nicht-Haushaltskundinnen und -kunden, Verbrauchsbändern und Preisbestandteilen. Zur Gewichtung werden außerdem die jeweiligen Abnahmemengen mitgeliefert.

Zur Erfüllung der Verordnung ist eine nationale Rechtsgrundlage zu schaffen und im Statistischen Bundesamt ein vollständiges Erhebungs- und Aufbereitungssystem neu aufzubauen. Dazu gehören auch die Prüfung der Verwendbarkeit von Verwaltungsdaten und gegebenenfalls die Vorbereitung entsprechender Rechtsgrundlagen.


Beschleunigte Veröffentlichung des Bruttoinlandsprodukts

 12 / 2020

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für ein Vierteljahr wird in Deutschland erstmals etwa 45 Tage nach Quartalsende publiziert (t + 45 Tage). Da eine zunehmende Zahl von EU-Mitgliedstaaten auch national nach 30 Tagen (t + 30 Tage) veröffentlicht und Eurostat von t + 45 auf t + 30 übergehen möchte, wurden im Statistischen Bundesamt Testrechnungen durchgeführt.

Seit 2016 wird dieser „BIP-Flash“ auch an Eurostat geliefert und dort für die Berechnung des BIP der EU sowie der Eurozone verwendet. Als Abschluss der Testrechnungen für t + 30 erscheint eine nationale Veröffentlichung möglich, vorher sollen allerdings in Absprache mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) weitere Testrechnungen für eine beschleunigte Berechnung durchgeführt werden.

Kommunikation der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

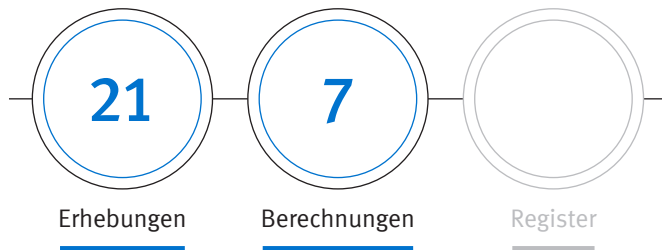
 06 / 2020

Etwa alle fünf Jahre erfolgen Generalrevisionen der VGR, in denen alle Berechnungen intensiv geprüft sowie Methoden und Quellen aktualisiert werden.

Die Arbeiten für die nächste Generalrevision 2019 begannen bereits im Jahr 2017. Die wesentlichen Meilensteine im Jahr 2018 sind die regelmäßigen großen Revisionsbesprechungen und die anstehenden Revisionsarbeiten selbst. Die vollständigen Ergebnisse werden fristgerecht im August 2019 veröffentlicht. Die Nutzerinnen und Nutzer werden frühzeitig vor der Veröffentlichung über die Revision informiert (z. B. im Fachausschuss VGR), im Nachgang der Revision erfolgt eine umfassende Kommunikation mit der Presse und Öffentlichkeit (Fachgespräch mit der Presse, Veröffentlichung von Methodenbeschreibungen usw.).

3.5 Umwelt

Was wir aktuell anbieten



Die **umweltstatistischen Erhebungen** liefern wichtige Basisdaten zur Beurteilung der Umweltsituation, der ökologischen Belastungen und ihrer Veränderungen. Dabei kann zwischen zwei Typen von Erhebungen unterschieden werden: Der erste Typ betrachtet das Ressourcenmanagement in der Wassergewinnung sowie die Umweltbelastung durch Emissionen mithilfe von Befragungen in den Bereichen Abfallwirtschaft, Abwasserwirtschaft und Luftreinhaltung. Das zunehmende gesellschaftliche wie politische Bewusstsein für den Umwelt- und Ressourcenschutz bewirkt auch eine wachsende Nachfrage und damit Produktion von Umweltschutzgütern. Der zweite Typ von Erhebungen dokumentiert die Investitionstätigkeit der Wirtschaft in den Umweltschutz sowie die sich daraus ergebenden laufenden Aufwendungen und informiert über den Wirtschaftsfaktor Umweltschutz sowie daraus entstehende Beschäftigungseffekte.

Mit den **Umweltökonomischen Gesamtrechnungen** (UGR) stellt das Statistische Bundesamt umfassend die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umwelt in einem einheitlichen, mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) vergleichbaren Kontenrahmen dar. Bereitgestellt werden sowohl physische Material-, Rohstoff- und Energieflüsse sowie Emissionen als auch monetäre Konten zu Umweltsteuern oder Umweltschutzausgaben. Ergänzt werden diese durch speziell aufgearbeitete Sektorkonten für unterschiedliche Themenbereiche wie Verkehr oder Wald. Grundlage für die UGR bildet der internationale Standard des System of Environmental-Economic Accounting (SEEA).

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Ergebnisse der Umweltstatistiken dienen einerseits der direkten Evaluierung und des Monitorings der Umweltpolitik. Andererseits sind sie eine wichtige Basis für unterschiedliche wissenschaftliche Analysen und Rechensysteme. Aus dem von der UGR erstellten gesamtwirtschaftlichen Kontensystem, das die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umwelt abbildet, werden zahlreiche neue Informationen und Indikatoren abgeleitet, die für die Beurteilung und Gestaltung einer am Nachhaltigkeitsziel orientierten Politik notwendig sind. Sie bilden somit eine der Grundlagen für die Berichterstattung zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie zu den Sustainable Development Goals (SDGs), den globalen Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.



Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Umweltstatistiken insbesondere durch Standardisierung und Effizienzverbesserung der Prozesse weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Georeferenzierung/ Geoinformationen bereitstellen

Die strategische Schwerpunktplanung des Statistischen Verbunds sieht vor, dass alle georeferenzierbaren Statistiken bis Ende 2019 georeferenziert sind. Die Anwendungsmöglichkeiten georeferenzierter Statistiken umfassen neben der Erstellung von Rasterkarten einen unverrückbaren Ortsbezug (im Gegensatz zu sich verändernden Gebietszuschnitten auf Basis von Verwaltungsdaten), die Berechnung von Entfernungen zu sogenannten Points of Interests sowie die Verknüpfung verschiedener Statistiken über die Gitterzellen-ID, um Raumgemeinschaften zu beschreiben.

Mit der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes ist die Verarbeitung georeferenzierter Ergebnisse, also die Nutzung kleinräumiger Bezüge in den Produktionsprozessen der amtlichen Statistik, zulässig. Die Geokodierung der umweltökonomischen Statistiken (Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz, der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz, der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz) soll mithilfe der jährlich im Herbst aktualisierten Registerkopie des Statistikregisters im Anschluss an die Erhebungsdurchführung erfolgen. Das Statistische Bundesamt entwickelt dazu ein Statistisches Analysesystem (SAS-Software), das in ausgewählten Statistischen Ämtern der Länder bereits getestet wird. Die Integration dieses Arbeitsgangs in den Workflow der Erhebungen wird bis Ende 2018 mit den Statistischen Ämtern der Länder festgelegt.

Für die Erhebung über die nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird ein sehr ähnliches Verfahren angewendet. Mittels der in der Registerkopie des Statistikregisters enthaltenen Geokoordinaten auf Ebene der Niederlassung wird allen Berichtseinheiten sowohl die Flussgebietseinheit als auch die Gitterzelle zugeordnet. Diese Informationen werden dem Einzeldatenmaterial der Forschungsdatenzentren (FDZ) zugespielt, um auch langfristig für Auswertungen zur Verfügung zu stehen. Die technische Umsetzung erfolgt über die Statistik-Software SAS.



2018 bzw. 2020

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Berichterstattung zu Steuern mit Umweltrelevanz

Nach Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2011 über europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen ist Deutschland verpflichtet, jährlich Informationen zum Aufkommen umweltrelevanter Steuern gegliedert nach wirtschaftlichen Aktivitäten zu liefern. Umweltrelevante Steuern umfassen nach der Definition der Europäischen Kommission dabei alle Steuern, deren Bemessungsgrundlage eine physische Einheit (oder eine Ersatzgröße einer physischen Einheit) ist, die nachweislich eine negative Auswirkung auf die Umwelt hat und die im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) als Steuer gekennzeichnet ist.

Um die jeweiligen Steueraufkommen nach wirtschaftlichen Aktivitäten zu gliedern, werden derzeit verschiedene Rechenmodelle angewendet. Der Anteil der umweltrelevanten Steuern wird von der EU-Kommission nach Mitgliedstaaten gerankt und ist für sie ein politisches Steuerungsinstrument. Ein hoher Anteil an umweltrelevanten Steuern wird dabei als positiv angesehen. Jedoch ist der Steuerbegriff weder national noch international einheitlich definiert. Das Statistische Bundesamt prüft, ob und wie neue bzw. zusätzliche Steuern (auch Landes- und Kommunalsteuern) in die UGR einbezogen werden müssen und inwieweit Daten in amtlichen Registern bereits so aufgeteilt vorliegen, wie sie für die Darstellung nach der genannten EU-Verordnung benötigt werden.



09 / 2020

Aufkommens- und Verwendungstabellen im Umweltschutzbereich

Derzeit wird über die Aufkommens- und die Verwendungsseite von Gütern und Dienstleistungen, die dem Umweltschutz bzw. dem Schutz der natürlichen Ressourcen dienen, aus unterschiedlichen Quellen berichtet. Damit sind diese Daten zwar jeweils für sich genommen qualitativ hochwertig, jedoch nicht aufeinander abgestimmt.

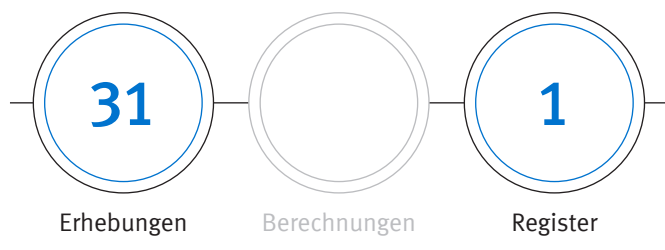
Daher plant das Statistische Bundesamt im Rahmen der UGR die Darstellung dieses Themenbereiches in einem integrierten System von Aufkommens- und Verwendungstabellen. Hierdurch wird zwar keine derzeitige Primärerhebung obsolet, jedoch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse insgesamt erhöht und die Ableitung neuer, zusätzlicher Informationen ermöglicht.



12 / 2021

3.6 Landwirtschaft

Was wir aktuell anbieten



Landwirtinnen und Landwirte erzeugen pflanzliche und tierische Nahrungsmittel, pflegen die Landschaft und erhalten natürliche Lebensräume. Die landwirtschaftliche Produktion hat trotz ihres geringen Anteils an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung eine hohe Bedeutung für eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Zudem spielen Umwelteffekte und Ressourcenverbrauch durch die Landwirtschaft eine wichtige Rolle.

Amtliche [Agrarstatistiken](#) sollen die strukturellen und sozialen Anpassungen der Landwirtschaft an veränderte marktwirtschaftliche und agrarpolitische Bedingungen erfassen und

möglichst zeitnah darstellen. Im Abstand von zehn Jahren finden den Landwirtschaftszählungen statt; dazwischen liegende Agrarstrukturhebungen ergänzen diese. Zudem gibt es jährlich oder mit kürzerer Periodizität stattfindende Statistiken zu Bodennutzung, Viehbeständen, tierischer Erzeugung und Ernte.

Im Bereich Landwirtschaft sind ebenfalls Ergebnisse zu [Forstwirtschaft](#) und [Fischerei](#) sowie zur Flächennutzung in Deutschland zu finden. Letztere gibt unter anderem Auskunft über den Flächenverbrauch.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Ergebnisse dienen der Planung und Erfolgskontrolle von Maßnahmen in der europäischen und nationalen Agrar-, Markt- und Preispolitik sowie der Politik der Entwicklung der ländlichen Räume, der Umweltpolitik und der Vorausschätzung der Agrarausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Die erhobenen Angaben fließen zudem in die Berechnung von Agrarumweltindikatoren, die Klimaschutzberichterstattung, die land- und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und den agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung ein.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Landwirtschaftsstatistiken insbesondere durch Harmonisierung verschiedener Statistiken sowie Prüfung und Einsatz neuer Datenquellen (Fernkundungsdaten, Verwaltungsdaten) weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Neukonzeption des agrarstatistischen Systems (Integrated Farm Statistics, Statistics on Agricultural Input and Output)

Statistics on Agricultural Input and Output (SAIO) beinhaltet die zweite umfassende europäische Rahmenverordnung für Agrarstatistiken (nach der Integrated Farms Statistics-Verordnung). Vorgesehen ist die Zusammenfassung von vier bestehenden Rechtsgrundlagen und verschiedenen Gentlemen's Agreements und Vereinbarungen innerhalb des Europäischen Statistischen Systems sowie die Einbeziehung neuer Liefermerkmale wegen ihrer Relevanz für Verpflichtungen durch die Umwelt- und Klimaberichterstattung und durch Anforderungen verschiedener Generaldirektionen.

Hauptziele der SAIO-Rahmenverordnung sind:

- Harmonisierung verschiedener und zum Teil bereits bestehender Statistiken
- Ausweitung der Inhalte möglichst ohne Mehraufwand
- Steigerung der Effizienz und Flexibilität der Statistiken
- Nutzung neuer Datenquellen / Mehrfachnutzung von Datenquellen

Zusätzliche nationale Ziele der Maßnahme sind die bestmögliche Einbringung nationaler Interessen bei der Entwicklung der SAIO-Rahmenverordnung, die sinnvolle Umsetzung der Rahmenverordnung unter Berücksichtigung nationaler Anforderungen sowie die Entwicklung möglichst effizienter IT-Verfahren.



01 / 2022

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Durchführung der Landwirtschaftszählung 2020 als Teil des europäischen und weltweiten zehnjährigen Agrarzensus



06 / 2022

Landwirtschaftszählungen finden seit 1930 etwa alle zehn Jahre statt und sind Teil eines von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) initiierten weltweiten Agrarzensus. Die Erhebung wird in allen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt und liefert somit vergleichbare Daten für die gesamte EU.

Aktuell findet die Vorbereitung der dezentralen Landwirtschaftszählung 2020 statt, die als Kombination einer Total- und einer Stichprobenerhebung als direkte Befragung (Online-Fragebogen) durchgeführt wird. Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen werden Daten aus verschiedenen Verwaltungsdatenquellen übernommen. Anpassungen der nationalen und europäischen Rechtsgrundlagen sind erforderlich.

Flächenatlas



09 / 2018

Flächendaten sind vor allem auf politischer Ebene für raumplanerische Arbeiten relevant und werden tief gegliedert bis zur Gemeindeebene benötigt. Thematisch wichtig sind Kombinationen von Flächennutzungsarten und Bevölkerungsinformationen. Der Kartenatlas zur Flächenerhebung bietet eine bundesweite kleinräumige Ergebnisdarstellung der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auch in Kombination mit anderen Indikatoren. Mithilfe des generischen Kartenviewers sollen auf Ebene der Gemeinden thematische Kartendarstellungen ermöglicht werden. Veröffentlicht werden die Ergebnisse auf der Bund-Länder-Plattform (Statistik-Portal).

Ergänzend dazu wird ein Methodenbericht als begleitende Bund-Länder-Veröffentlichung erstellt. Dieser stellt in Kooperation mit den Vermessungs- und Katasterämtern in den Ländern die Effekte der Umstellungen auf das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) in den Flächendaten bis zum Berichtsjahr 2016 dar.

Neukonzeption der Fleischuntersuchungsstatistik



12 / 2020

Die aktuell nach der Fleischuntersuchungsstatistikverordnung durchgeführte Schlachtier- und Fleischuntersuchungsstatistik soll vor allem hinsichtlich der Erfassung der Be-
anstandungsgründe verbessert und weiterentwickelt werden.

Dies gilt insbesondere für Angaben, die seit einer Rechtsänderung nur noch visuell beim Schwein erhoben werden. Zum einen konnte wiederholt festgestellt werden, dass der seit 2007 erhobene umfangreiche Merkmalskatalog viele Interpretationsmöglichkeiten zulässt. Zum anderen wurde deutlich, dass Art und Umfang des Merkmalskatalogs nicht vollständig den Bedürfnissen einer vergleichbaren und schlachthofübergreifenden Aufbereitung der Ergebnisse entsprechen. Diese ist aber notwendig, nicht nur um den Wirtschaftsbeteiligten entsprechende interpretierbare Ergebnisse der Fleischuntersuchung bereitstellen zu können, sondern auch um über eine valide Datenbasis für Risikobewertungen zu verfügen.

Konkret hat die Maßnahme zum Ziel, den neuen Erhebungsprozess bis zur Veröffentlichung des ersten Jahresergebnisses 2019 einzuführen, den Erhebungsprozess technisch und fachlich korrekt umzusetzen, Interpretationsspielräume zu beheben und die Erfassung für weitere Erhebungszeiträume zu etablieren.

Untersuchung zur Nutzung von Satellitendaten zur Ernteertragsabschätzung (Projekt SatAgrarStat)

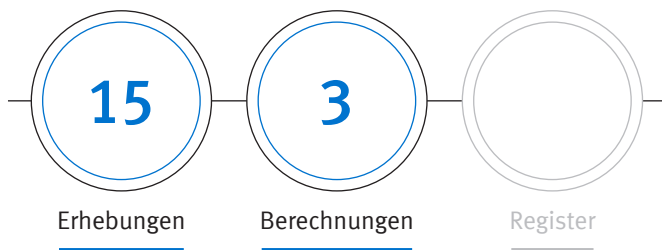


03 / 2020

Für die amtliche Statistik eröffnet sich durch das Projekt „SatAgrarStat“ die Möglichkeit, die Übernahme von Satellitendaten in den statistischen Aufbereitungsprozess zu testen. Die bestehenden Verfahren zur Ernteabschätzung im Statistischen Verbund (StÄdL) könnten so mit den Ergebnissen der im Julius Kühn Institut (JKI) durchgeführten Satellitenauswertungen verglichen werden. Das JKI wird in dieser Studie die über die Statistik ermittelten Ertragsdaten und zusätzliche Informationen in den beteiligten Bundesländern für die Validierung seiner Rechenmodelle nutzen können. Dadurch können qualitative Verbesserungspotentiale eruiert und die regionale Verfügbarkeit von Ernteertragsabschätzungen erhöht werden.

3.7 Bauen und Wohnen

Was wir aktuell anbieten



Baustatistiken stellen das Baugeschehen von der Planung der Bauvorhaben über den Einsatz der Produktionsfaktoren bis zum fertigen Bauwerk aus verschiedenen Blickwinkeln dar. Die Erhebungen für das **Baugewerbe** bieten statistische Informationen über die konjunkturelle Situation und die strukturelle Entwicklung der Bauwirtschaft. Betrachtet werden das **Bauhauptgewerbe** und das **Ausbaugewerbe**.

Durch die **Gebäude- und Wohnungszählung** im Rahmen des Zensus 2011 wurde der Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden ermittelt. Die **Bautätigkeitsstatistik** stellt Informationen über die Genehmigung und Fertigstellung von Baumaßnahmen, dem sich hieraus ergebenden Bauüberhang sowie über Bauabgänge bereit. Hierzu werden Verwaltungsdaten verwendet, die im kommunalen Bauaufsichtswesen anfallen. Die Bautätigkeitsstatistik liefert damit wichtige Hinweise auf die zukünftige Entwicklung im Baugewerbe (insbesondere im Hochbau), ermöglicht die Beobachtung der mittel- bis langfristigen Entwicklung des Gebäudebestandes sowie seiner Struktur und sie schreibt den Wohngebäude- und Wohnungsbestand bis zur nächsten Gebäude- und Wohnungszählung fort.

Im Rahmen des Mikrozensus werden vierjährlich Angaben zur **Wohnsituation privater Haushalte** in Deutschland erhoben. Hierzu werden Angaben zur Struktur der bewohnten Gebäude und der bewohnten Wohnungen, zu den für Heizung und Warmwasseraufbereitung verwendeten Energieträgern, dem Eigentums- und Besitzverhältnis, den Wohnkosten sowie seit 2018 zu bestimmten Merkmalen der Barrierefreiheit erhoben. Das Zusatzprogramm des Mikrozensus stellt damit die umfangreichste Datenquelle dar, mit der ermittelt werden kann, wie die Bevölkerung wohnt. Die jährlich europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen „Leben in Europa“ (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) erfragt derzeit noch auf freiwilliger Basis (ab 2020 verpflichtend) auch Angaben zu den Wohnverhältnissen und – detaillierter als im Mikrozensus – zu den Wohnkosten. Im Fokus stehen zudem die objektive und subjektive Wohnkostenbelastung sowie das Wohnumfeld

der teilnehmenden Haushalte. Mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) werden alle fünf Jahre auf freiwilliger Basis die mit dem Wohnen verbundenen (Konsum-)Ausgaben ermittelt. Im Unterschied zum Mikrozensus werden bei EU-SILC und der EVS auch die Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohngebäuden und Wohnungen nach ihren Wohnkosten befragt.

Um die Auswirkungen und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes beurteilen zu können, werden im Rahmen der amtlichen **Wohngeldstatistik** Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Diese jährlichen Vollerhebungen liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Wohngeld beziehenden Haushalte sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen. Die Erhebung wird bei den Wohngeldbehörden durchgeführt.

In der **Preisstatistik** werden verschiedene Indizes zum Thema Bauen und Wohnen berechnet. Beispielsweise wird die Entwicklung der Mietpreise, für die private Haushalte einen großen Teil ihrer Konsumausgaben aufwenden, im Verbraucherpreisindex nachgewiesen. Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für Bauleistungen beim Neubau und der Instandhaltung von Bauwerken. Die Preisentwicklungen für den Erwerb und Besitz von Wohnungen sowie Ein- und Zweifamilienhäusern werden durch den Häuserpreisindex und die Preisindizes für selbstgenutztes Wohneigentum abgebildet. Informationen über die Käufe und Verkäufe von Bauland werden in der Statistik der Kaufwerte für Bauland veröffentlicht. Hier werden auch absolute Durchschnittspreise für Bauland ausgewiesen. Die Preisentwicklung von Bauland, bereinigt um regionale Strukturverschiebungen, gibt der Preisindex für Bauland wieder.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Daten gelten als Grundlage für wohnungspolitische Entscheidungen sowie für Planungen der Wohnungs- und Bauwirtschaft. Sie werden in die Konjunktur- und Marktbeobachtung einbezogen, fließen in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein und dienen der Berichterstattung im Rahmen der EU-Struktur-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 275/2010).

Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Auch sind Preisindizes in Form von Wertsicherungsklauseln häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen in privaten als auch in gewerblichen Verträgen. Mithilfe von Preisindizes werden zudem nominale wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt um Preisänderungen bereinigt, um reale Wachstumsraten ermitteln zu können.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Bau- und Wohnungsstatistiken insbesondere durch die Modernisierung der Produktionsprozesse weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Modernisierung der Baugenehmigungsstatistik



12 / 2020

Bei der Entwicklung des Austauschstandards XBau durch die Bauverwaltungen wird sich das Statistische Bundesamt weiterhin einbringen. Der neue Standard ermöglicht es, Prozesse und Regelungen des öffentlichen Baurechts in einer „technischen Sprache“ zu beschreiben. Mit seiner Einführung wird es den Statistischen Ämtern der Länder – zunächst in Hamburg – möglich sein, für die Baugenehmigungsstatistik notwendige Daten medienbruchfrei von den Bauverwaltungen zu erhalten und damit die Statistikproduktionsprozesse zu modernisieren.

Einführung einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik



06 / 2020

Die Einführung einer bundesweiten, gesetzlich verankerten Wohnungs- und Obdachlosenstatistik ist seit einigen Jahren Gegenstand politischer Diskussionen. Derzeit gibt es zur Anzahl von Wohnungs- und Obdachlosen lediglich Schätzungen zu bundesweiten Zahlen durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W).

Vor dem Hintergrund der auf Basis der BAG W-Schätzungen aus dem Jahr 2017 steigenden Zahl von Wohnungslosen und dem Ziel einer verbesserten Datenlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes befürwortet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Einführung einer entsprechenden Bundesstatistik (im fünften Arbeits- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird die Thematik im Kapitel V.2 „Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit“ beleuchtet). Voraussetzung für die Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik ist eine entsprechende gesetzliche Grundlage.

Erhöhung der Aktualität der Ergebnisse aus dem Mikrozensus-Zusatzmodul „Wohnen“ sowie Schließung von Datenlücken



12 / 2019

Zukünftig sollen die Ergebnisse des alle vier Jahre durchgeführten Mikrozensus-Zusatzprogramms „Wohnen“ bereits im Jahr nach der Erhebung bereitgestellt werden können. Hierzu optimiert das Statistische Bundesamt derzeit den Prozess der Datenaufbereitung und Tabellenerstellung.

Um den Datenanforderungen einer alternden Gesellschaft gerecht zu werden, werden außerdem bei der Durchführung des Zusatzprogramms 2018 erstmals Angaben zum Thema „barrierearmes Wohnen“ durch die amtliche Statistik erhoben.

Bereitstellung von regionalen Ergebnissen für die Miet- und Häuserpreisindizes



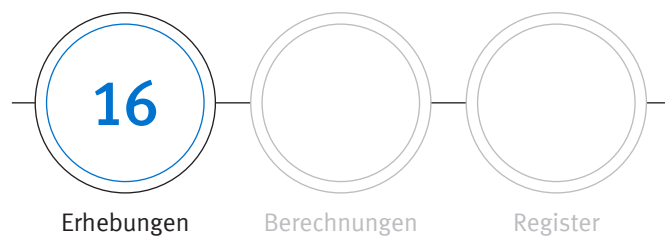
06 / 2020

Aufgrund des hohen Ausgabenanteils für den Bereich Wohnen nehmen die Themen Miete und Immobilienpreise in der öffentlichen und in der politischen Diskussion schon seit Jahren einen großen Raum ein. Hinzu kommt, dass regional sehr unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten sind.

Bisher weist die Preisstatistik Mietindizes im Rahmen des Verbraucherpreisindex gegliedert nach Bundesländern aus. Die Entwicklung der Kaufpreise für Wohnimmobilien wird im Häuserpreisindex (HPI) für Gesamtdeutschland ausgewiesen. Aufgrund einer deutlichen Verbesserung der Stichproben dieser Indizes in den vergangenen Jahren ist es nun möglich, regional tiefere Untergliederungen nachzuweisen. Es ist geplant, zumindest Teilbereiche der Miet- und Häuserpreisindizes ab dem Frühjahr 2019 differenziert nach vier siedlungsstrukturellen Kreistypen zu veröffentlichen – von „sehr ländlich“ bis zu Großstädten.

3.8 Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Was wir aktuell anbieten



Die Verkehrsleistungsstatistiken bilden einen Schwerpunkt der amtlichen Verkehrsstatistik. Sie weisen die Beförderungsmenge und das Beförderungsaufkommen im **Güterverkehr** sowie die Beförderungsleistungen (Tonnenkilometer) nach. Die Daten sind regional und güterspezifisch gegliedert. Beförberte Güter werden mit ihrem Bruttogewicht (einschließlich Verpackung) nachgewiesen. Die Beförderungsleistungen berücksichtigen zusätzlich die zurückgelegten Entfernungen.

Zur **Personenbeförderung** zählen der öffentliche Personenverkehr mit Bussen, Bahnen oder Flugzeugen sowie der Individualverkehr mit Kraftfahrzeugen (motorisierter Individualverkehr), mit Fahrrädern oder zu Fuß. Die amtliche Statistik bietet vor allem Angaben zum öffentlichen Personenverkehr. Es liegen unter anderem Daten zur Zahl der beförderten Personen und zur Beförderungsleistung vor.

Der Bereich **Unternehmen, Infrastruktur, Fahrzeugbestand** bietet Daten zu Kraftfahrzeugneuzulassungen, zum Kraftfahrzeugbestand sowie zur Verkehrsinfrastruktur. Diese Daten liegen auch nach Bundesländern vor. Für Unternehmen der Binnenschifffahrt und Luftfahrt werden unter anderem der Umsatz und die Anzahl der Fahrzeuge nachgewiesen.

Bei **Verkehrsunfällen** wird zwischen Straßen-, Schienen- und Luftverkehrsunfällen unterschieden. Die Straßenverkehrsunfallstatistik bietet Daten zur Zahl der Unfälle, zu den Beteiligten, Verunglückten sowie zu den Unfallursachen und zur Schwere der Unfallfolgen (z. B. Unfälle mit Personen- oder Sachschaden). Bei den Schienenverkehrsunfällen stehen für den Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr Daten zur Zahl der Unfälle und zu den Verunglückten zur Verfügung.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die zur Verfügung stehenden Daten werden als Grundlage verkehrspolitischer und unternehmerischer Entscheidungen sowie für Analysen der Verkehrssicherheit genutzt.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Verkehrsstatistiken insbesondere durch Prüfungen alternativer Datenquellen systematisch weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Nutzung neuer Datenquellen:
Test der Daten der River Information Services (RIS) für die Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt

Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) baut seit einigen Jahren die sogenannten River Information Services (RIS) auf. Die dabei anfallenden Daten über den Schiffsverkehr auf den Binnenwasserstraßen sind eine potenzielle Quelle für die Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt. Durch das 2017 verabschiedete 3. Binnenschifffahrtspflichtenänderungsgesetz hat die amtliche Statistik Zugriffsrechte auf RIS-Daten. Allerdings ist die WSV zurzeit erst dabei, ein Datenhaltungskonzept für die RIS-Daten umzusetzen.

Das Statistische Bundesamt hat die Zusage, im weiteren Jahresverlauf 2018 erste Testdaten zu erhalten. Dann wird geprüft, ob die RIS-Daten ausreichen, um den bisherigen Weg der Datengewinnung abzulösen und/oder ob sie für Qualitätssteigerungen genutzt werden können. Ziel ist es, die Möglichkeiten, die RIS für die Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt bietet, konsequent zu nutzen.

Erste Ergebnisse der Tests werden für Ende 2018 erwartet.



06 / 2019

EU-Pilotstudie zur Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt

Nach der Verordnung (EG) Nr. 1365/2006 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen in Kombination mit der Verordnung (EU) 2016/1954 ist zu prüfen, ob die statistische Erfassung von Personentransporten in der Binnenschifffahrt möglich ist. Zu diesem Zweck sollen auf nationaler Ebene zunächst freiwillige Pilotstudien durchgeführt werden mit dem Ziel, die Durchführbarkeit dieser neuen Datensammlungen, die Kosten der zugehörigen Datenerhebungen und die damit zusammenhängende statistische Qualität zu bewerten.

Deutschland wird auf Wunsch des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) eine Pilotstudie durchführen. Die Binnenschifffahrt ist der einzige Verkehrsträger, bei dem Personentransporte bisher noch nicht erfasst werden. Dabei werden insbesondere bei Flusskreuzfahrten und Tagestouren stark wachsende Passagierzahlen erwartet, was Auswirkungen auf die Hafeninfrastruktur und die Verkehrsbelastung auf Binnenwasserstraßen mit sich bringen wird.

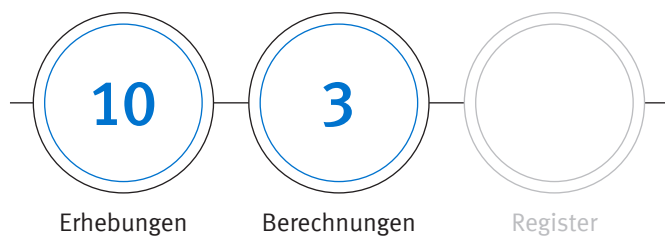
Ziel der Maßnahme ist die Ermittlung der Verfügbarkeit von Daten in den Bereichen Flusskreuzfahrten, Tagestouren, Fähren und öffentlicher Personennahverkehr, die Ermittlung heranzuziehender Quellen (Reedereien, Häfen, Schiffsführerinnen und Schiffsführer sowie andere), die Ermittlung der Kosten für die Erhebung und Aufbereitung der Daten sowie die Bewertung der Qualität.



01 / 2022

3.9 Gesundheit und Pflege

Was wir aktuell anbieten



Die [Gesundheitsausgabenrechnung](#) zeigt, welcher Ausgaben-träger (Öffentliche Haushalte, Gesetzliche Krankenversicherungen, Private Krankenversicherungen usw.) in welcher Einrichtung für welche Leistungen Gesundheitsausgaben trägt. Die Finanzierungsrechnung ergänzt die Gesundheitsausgabenrechnung, indem sie zeigt, wer die Gesundheitsausgaben über die einzelnen Ausgabenträger auf welche Art und Weise finanziert. Die [Krankheitskostenrechnung](#) erfasst die Kosten, die direkt mit einer Krankheit in Zusammenhang stehen. Die [Gesundheitspersonalrechnung](#) liefert Informationen zu den im Gesundheitswesen beschäftigten Personen – unter anderem zu ihrem Alter, Geschlecht und Beruf. Informationen zu den Kostenstrukturdaten im medizinischen Bereich liegen ebenfalls vor.

Die [Statistik zum Gesundheitszustand](#) bietet Daten zu Kranken und Unfallverletzten, zum Rauchverhalten der Bevölkerung sowie zu Körpergröße und -gewicht.

Für Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen stehen Informationen über Einrichtungen, Betten und Patientenbewegungen, ärztliches und nichtärztliches Personal, Diagnosen der vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten sowie durchgeführte Operationen und angewandte Prozeduren zur Verfügung. Die [Krankenhausstatistik](#) bietet auch Daten zu Kaiserschnitten sowie zu den Kosten der Krankenhäuser.

Die [Schwangerschaftsabbruchstatistik](#) liefert einen Überblick über die Anzahl und die Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche. Erfasst werden ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen, etwa das Alter und der Familienstand. Darüber hinaus bietet die Statistik Daten zu den rechtlichen Voraussetzungen des Abbruchs und der Art des Eingriffs.

Die [Todesursachenstatistik](#) erfasst alle Todesfälle in Deutschland sowie die jeweilige Todesursache. Neben der Anzahl der Gestorbenen stehen auch Daten zu den häufigsten Todesursachen bei Männern, Frauen und Kindern zur Verfügung. Gleiches gilt für Informationen zur Müttersterblichkeit sowie zum plötzlichen Kindstod. Außerdem bietet die Statistik weiterführende Informationen zu einzelnen Todesursachen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen oder Suiziden. Die [Statistik der Sterbefälle](#) umfasst neben Daten zu Sterbefällen auch Informationen zur durchschnittlichen Lebenserwartung von Frauen und Männern.

Die [Statistik der schwerbehinderten Menschen](#) umfasst Informationen über Anzahl, Alter und Geschlecht der schwerbehinderten Menschen. Außerdem stehen Daten zu Art, Ursache und Grad der Behinderung zur Verfügung. Zusätzliche Informationen zu den behinderten Menschen werden seit dem Jahr 2017 jährlich im Mikrozensus erhoben.

Die [Pflegestatistik](#) bietet Informationen zu den Pflegebedürftigen. Über ambulante Pflegedienste und Pflegeheime werden Angaben zu den Einrichtungen und Beschäftigten erhoben.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Daten sind Grundlage gesundheitspolitischer Entscheidungen und dienen als Referenzfunktion für gesundheitsbezogene Zieldiskussionen und -bewertungen. Sie werden als Datenbasis für die Gesundheitsberichterstattung, für nationale und internationale Gesundheitsindikatorensätze sowie für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung herangezogen. Weiterhin sind sie Quelle für den Aufbau eines europäischen gesundheitsstatistischen Systems und die Erfüllung internationaler Lieferverpflichtungen.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Statistiken im Gesundheitswesen insbesondere durch den Aufbau einer digitalisierten und automatisierten Todesursachenstatistik weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Aufbau einer elektronischen Todesursachenstatistik

Der Aufbau einer elektronischen Mitteilungskette von der Ärztin bzw. dem Arzt, die bzw. der die Todesbescheinigung ausstellt, bis zu den statistischen Ämtern, die die Angaben für die Todesursachenstatistik aufbereiten, ist Voraussetzung für eine in der Informationsverarbeitung möglichst effiziente und in den Ergebnissen qualitativ hochwertige und aktuelle Todesursachenstatistik.

Da die Formulare der Todesbescheinigungen in den Bundesländern wichtige Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht umsetzen, besteht darüber hinaus ein inhaltlicher Anpassungsbedarf. Abweichend vom WHO-Formular können deutsche Ärztinnen und Ärzte nur eine Kausalkette mit maximal drei statt vier Zeilen dokumentieren. Die medizinische Bewertung der Todesursachen erfolgt daher vielfach verkürzt oder fehlerhaft, sodass die deutsche Todesursachenstatistik eingeschränkt vergleichbar ist mit den Todesursachenstatistiken anderer Staaten.

Seit 2016 fordert die WHO, innerhalb von vier Wochen vor dem Tod durchgeführte Operationen anzugeben. Die deutschen Todesbescheinigungen setzen diese Anforderung nicht um, sodass aus fachlicher Sicht äußerst wichtige und gesundheitspolitisch relevante Informationen häufig fehlen. Das Konzept für eine bundeseinheitliche elektronische Todesbescheinigung ist in der Entwicklungsphase.



12 / 2024

Analyse kleinräumiger Geodaten in der Krankenhausstatistik

Das novellierte Bundesstatistikgesetz eröffnet neue Möglichkeiten, georeferenzierte Ergebnisse auf der Grundlage von Geokoordinaten bzw. Gitterzellen auch im Bereich der Krankenhausstatistik darzustellen.

Die Maßnahme dient kurz- und längerfristig der kartografischen Visualisierung ausgewählter Aspekte der medizinischen Versorgungslage auf Basis geokodierter Krankenhausstandorte in Deutschland. Visualisiert werden (berechnete) Erreichbarkeitszonen bezogen auf Krankenhausstandorte nach ausgewählten Merkmalen, vor allem Berechnung der Wege zum nächsten Krankenhaus (in Kilometern / Minuten) differenziert nach Fachabteilungen / Spezialisierungen der Krankenhäuser und Regionstypen. Die Anwendung ermöglicht außerdem die Verknüpfung mit weiteren Geobasisdaten, beispielsweise mit zensusbasierten Bevölkerungsdaten.



12 / 2021

Umsetzung des weiterentwickelten Orientierungswerts für Krankenhäuser

Das bis September 2018 abzustimmende Konzept für den weiterentwickelten Orientierungswert für Krankenhäuser muss in die Routine umgesetzt werden. Die hierfür vom Statistischen Bundesamt zu erhebenden Angaben werden vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates festgelegt.

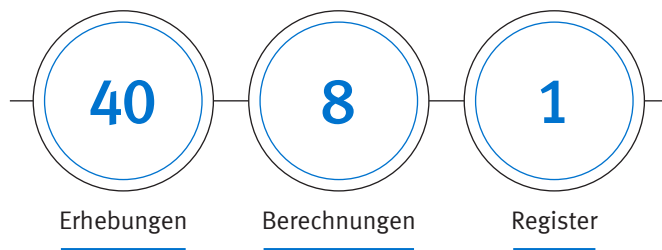
Die Voraussetzungen sind im Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen gelegt, das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist. Für einen Orientierungswert, der die vom Krankenhausentgeltgesetz geforderten tatsächlichen Kostenentwicklungen der Krankenhäuser wiedergibt, werden Daten für mindestens zwei Berichtsjahre benötigt.



12 / 2021

3.10 Staat und Finanzen

Was wir aktuell anbieten



Die **Finanzstatistiken** liefern regelmäßig ein umfassendes und detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Sie zeigen die Quellen und das Volumen der öffentlichen Einnahmen und den Umfang, in dem die öffentlichen Ausgaben damit finanziert werden konnten. Aus der Differenz von Einnahmen und Ausgaben wird der Finanzierungssaldo in Abgrenzung der Finanzstatistiken berechnet. Die öffentliche Vermögenssituation wird dargestellt durch die Schuldenstatistik auf der einen Seite sowie durch die Statistik des Finanzvermögens auf der anderen Seite. Die Daten der Finanzstatistiken des Öffentlichen Gesamthaushalts weisen die Finanzen der Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union nach.

Seit Mitte der 1980er Jahre wird das finanzstatistische Gesamtbild dadurch beeinträchtigt, dass Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ausgegliedert und in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form weitergeführt werden. Damit die Finanzstatistiken ihre grundlegende Aufgabe einer lückenlosen Wiedergabe der öffentlichen Finanzwirtschaft erfüllen können, werden diese Einheiten neben der Schuldenstatistik in der Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfasst. Dazu zählen unter anderem die kommunalen Eigenbetriebe, Bundes- und Landesbetriebe, aber auch alle Einrichtungen und Unternehmen in privatrechtlicher Form, an denen die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent des Nennkapitals oder Stimmrechts beteiligt ist. Diejenigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor Staat zählen, werden zusätzlich vierteljährlich erfasst sowie jährlich in der Finanzvermögenstatistik erhoben.

Steuern sind die wichtigste Einnahmenquelle des Staates. Bei den **Steuerstatistiken** ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Nachweisen über die kassenmäßigen Steuereinnahmen, den jährlichen Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen und den laufenden Angaben über die Verbrauchsteuern. In der Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen werden die bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden eingehenden Zahlungen aus Steuern und Zöllen nachgewiesen. Die Erhebungen über die Steuerbemessungsgrundlagen betreffen die Steuern vom Einkommen, Vermögen und Umsatz. Aus den Verbrauchsteuerstatistiken gehen unter anderem die steuerliche Belastung und die abgesetzten Mengen bestimmter Genussmittel sowie von Mineralölprodukten und Strom hervor. Darüber hinaus bietet die Luftverkehrsteuerstatistik unter anderem einen Überblick über die Anzahl der beförderten Fluggäste.

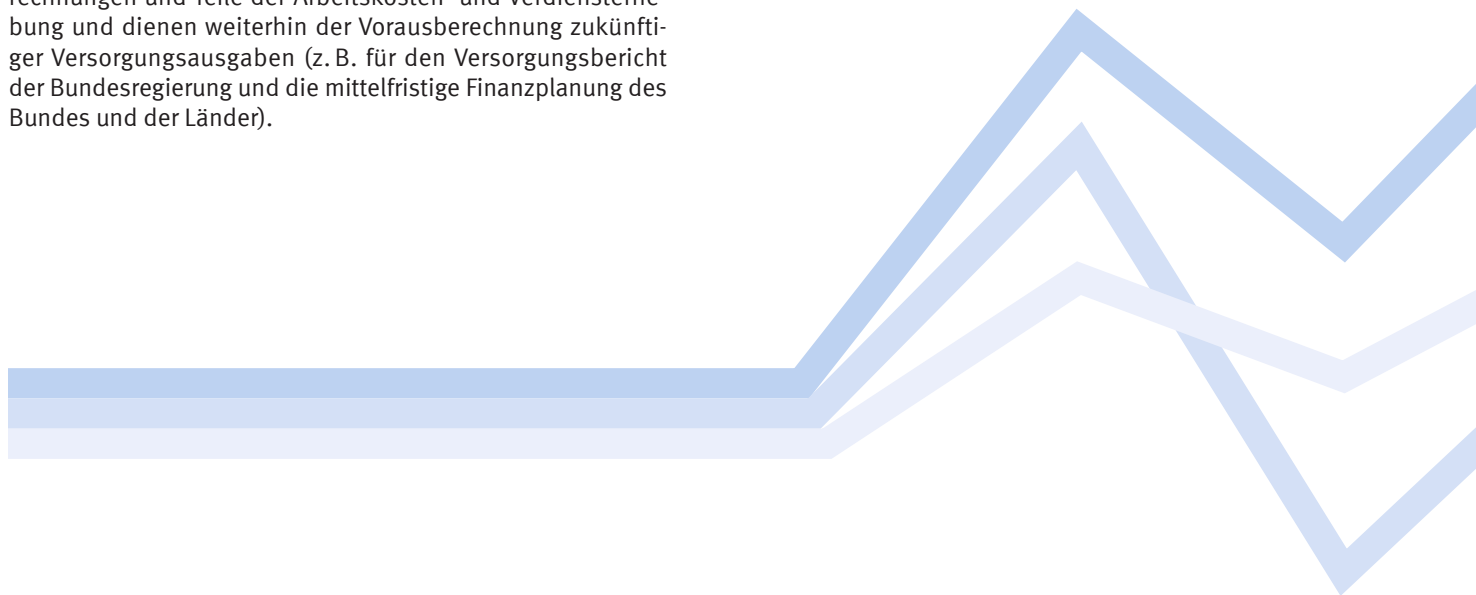
Statistische Ergebnisse zum öffentlichen Dienst liefern die **Personalstand- und Versorgungsempfängerstatistik**. Da für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse keine Sozialversicherungspflicht besteht, ist die Personalstandstatistik die einzige umfassende Datenquelle für Beamtinnen und Beamte. Für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte werden auch von der Bundesagentur für Arbeit statistische Angaben erhoben. Die Personalstatistiken der öffentlichen Haushalte weisen das Personal sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger aus. Zum Personal im öffentlichen Dienst zählen Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Versorgungsempfängerstatistik erfasst die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems für Beamtinnen und Beamte sowie Berufssoldatinnen und -soldaten. Versorgungsbezüge erhalten: Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt, Witwen und Witwer sowie Waisen.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Ergebnisse der Finanzstatistiken spiegeln das Gesamtbild der öffentlichen Finanzen wider und dienen als Grundlage für wirtschafts-, finanz- und fachpolitische Entscheidungen. Sie sind Basisdaten für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Staatskonto, Verteilungsrechnung) und für den EU-Stabilitätspakt.

Die Steuerstatistiken dienen als Grundlage für steuerpolitische Entscheidungen, für Gesetzesfolgenabschätzungen und die damit einhergehenden Haushaltsplanungen sowie die Steuerschätzungen von Bund und Ländern. Weiterhin sind sie Grundlage für die Verteilung von Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften (z. B. Lohnsteuererlegung, Verteilungsschlüssel zum Gemeindeanteil am Einkommen- bzw. Umsatzsteueraufkommen) und liefern Informationen zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und zur Unternehmenslandschaft. Über die Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik haben Hochschulen und sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung einen geregelten Zugang zu Mikrodaten der Steuerstatistiken.

Die Personalstand- und Versorgungsempfängerstatistiken werden als Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts, für Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und als Benchmark im kommunalen Bereich sowie auf Landesebene genutzt. Sie sind Basisdaten für Arbeitsmarktstatistiken, die Erwerbstätigenrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Teile der Arbeitskosten- und Verdiensterhebung und dienen weiterhin der Vorausberechnung zukünftiger Versorgungsausgaben (z. B. für den Versorgungsbericht der Bundesregierung und die mittelfristige Finanzplanung des Bundes und der Länder).



Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Finanz-, Steuer- und Personalstatistiken insbesondere durch die Erschließung neuer Verwaltungsdaten weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Erweiterung des Steuerstatistischen Gesamtsystems

In den Steuerstatistiken stehen weiterhin der Ausbau und die Optimierung des aktuellen und standardisierten Steuerstatistischen Gesamtsystems (StSys) auf der Grundlage von jährlichen Bundesstatistiken im Mittelpunkt. Mit dem StSys steht eine zentrale Anwendung zur Verfügung, in der alle Voranmeldungs- und Veranlagungsstatistiken aufbereitet werden. Mit dem Abgleich der Steuerstatistiken untereinander sind Effizienzgewinne und Qualitätsverbesserungen der statistischen Ergebnisse verbunden. Die Integration der Steuerstatistiken in das StSys erfolgt modulweise.

Folgende Module werden derzeit in das StSys integriert:

Statistik der Rentenbezugsmitteilungen

Über den Bezug von Altersrenten und anderen Leistungen im Alter und die Kumulation von Bezügen aus mehreren Quellen liegen bisher keine umfassenden Daten in der amtlichen Statistik vor. § 22a Einkommensteuergesetz normiert ein elektronisches Rentenbezugsmitteilungsverfahren, über das die zutreffende und vollständige Besteuerung der Alterseinkünfte gesichert werden soll. Damit liegen im Rahmen der Einkommenbesteuerung umfassende Verwaltungsdaten zu diesem Themenkomplex vor. Um die Datenlage zu verbessern, soll durch eine statistische Auswertung der Rentenbezugsmitteilungen die Datenlücke geschlossen werden.

Darüber hinaus werden Rentenbezugsmitteilungen für die Durchführung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Frankreich benötigt. Dies resultiert aus einem im Jahr 2015 vereinbarten Zusatzabkommen. Die Bereitstellung der Angaben aus den Rentenbezugsmitteilungen wurde darin dem Statistischen Bundesamt übertragen.

Nach erfolgreichem Test der Rentenbezugsmitteilungen als neue Verwaltungsdatenquelle sollen diese rückwirkend ab 2015 statistisch genutzt werden.



03 / 2020

Lohnsteuerstatistik (Anmeldungen)

Der Bundestag hat mit dem am 1. Januar 2018 in Kraft getretenen Betriebsrentenstärkungsgesetz die Einführung einer neuen Statistik zur Erfassung der Lohnsteueranmeldungen beschlossen. Die Erhebungsmerkmale zur Lohnsteuerstatistik (Anmeldungen) werden erstmals 2019 für das Anmeldejahr 2018 von der Finanzverwaltung übermittelt. Die Aufbereitung der neuen Statistik soll als 11. Modul im StSys umgesetzt werden.



01 / 2020

E-Bilanz

Bei den E-Bilanz-Daten handelt es sich um ergänzende im Besteuerungsverfahren festgestellte Angaben der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, die die Steuerpflichtigen an die Finanzverwaltung übermitteln. Diese Daten sind nicht nur für die Gesetzesfolgenabschätzung und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Interesse, sondern stellen für weitere Nutzerinnen und Nutzer eine bisher noch nicht erschlossene, alternative Verwaltungsdatenquelle dar.



10 / 2021

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Qualitätssicherung und Transparenz der Finanzstatistiken als wesentlicher Beitrag für nachhaltiges staatliches Wirtschaften von Bund und Ländern



12 / 2020

Die Diversifizierung der öffentlichen Haushalte und die Vielfalt der Rechnungssysteme machen es sehr aufwändig, ein umfassendes, zusammenhängendes und widerspruchsfreies Bild der öffentlichen Finanzen zu zeichnen. Gleichwohl ist ein solches Bild die unverzichtbare Grundlage der nachhaltigen Finanzpolitik, deren Überwachungsinstrumente allerdings in den Bundesländern, auf Bundesebene und auf EU-Ebene unterschiedlich ausgestaltet sind. Je feiner diese Überwachungsregimes sind, je mehr finanzstatistische Indikatoren sie heranziehen, desto größer ist der Bedarf nach Erläuterung dieser Indikatoren, vor allem in der Kommunikation mit den Finanzministerien als Akteuren der Finanzpolitik.

Ein Maßnahmenbündel zielt deshalb einerseits intern auf die Qualitätssicherung, andererseits auf die bessere Erläuterung der Ergebnisse nach außen.

Aufbau der Vergabestatistik



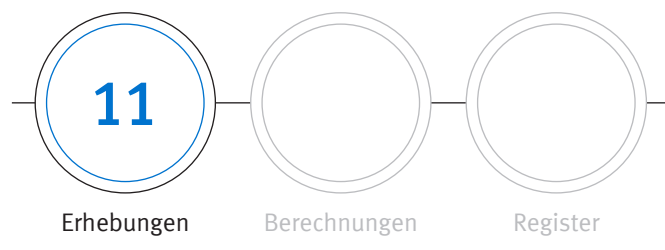
12 / 2020

Ziel ist der Aufbau einer elektronischen Vergabestatistik auf Grundlage der Vergabestatistikverordnung vom 12. April 2016 im Rahmen einer Geschäftsstatistik des Statistischen Bundesamtes für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Dabei leitet das BMWi alle ihm übermittelten Daten eines Berichtsjahres zur statistischen Aufbereitung an das Statistische Bundesamt weiter, das dann die Vergabestatistik erstellt. Eine erste Verwaltungsvereinbarung zwischen Statistischem Bundesamt und BMWi zur Aufbau- und Pilotphase wurde geschlossen.

3.11 Justiz

Was wir aktuell anbieten



Die **Rechtspflegestatistik** berichtet über Geschäftsanfall und -erledigung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Darüber hinaus berichtet sie über rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte, über Strafgefangene sowie über der Bewährungshilfe unterstellte Personen. Die vom Statistischen Bundesamt auf Bundesebene veröffentlichten Ergebnisse zu den verschiedenen Rechtspflegestatistiken werden zuvor auf Landesebene von den Statistischen Ämtern der Länder in Zusammenarbeit mit den Landesjustizministerien gewonnen und aufbereitet.

Wozu werden die Daten verwendet?

Die Daten dienen als Planungs- und Kontrollinformationen für den Mitteleinsatz bei den Organen der Rechtspflege, der Evaluierung und Weiterentwicklung von Gesetzen und rechtspolitischen Maßnahmen sowie der nationalen und internationalen Kriminalitätsberichterstattung.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Wir entwickeln die Rechtspflegestatistiken mit unseren Kooperationspartnern auf Bundes- und Landesebene insbesondere durch die Schaffung eines Strafrechtspflegestatistikgesetzes weiter.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Schaffung eines Strafrechtspflegestatistikgesetzes

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für die 19. Legislaturperiode ist im Politikfeld Kriminalprävention für das Ziel der evidenzbasierten Kriminalpolitik die Stärkung sozialwissenschaftlicher und kriminologischer Sicherheitsforschung und eine zügige Aktualisierung des Periodischen Sicherheitsberichts vereinbart.

Um die Aussagekraft der im Statistischen Bundesamt geführten Strafrechtspflegestatistiken zu erhöhen, ist zudem im Koalitionsvertrag festgehalten, in Zusammenarbeit mit den Ländern ein Strafrechtspflegestatistikgesetz zu schaffen.

Die Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken sollen langfristig zu einer Verlaufsstatistik zusammengeführt werden. Hierzu soll eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden. Das Statistische Bundesamt wird in Kooperation mit den Statistischen Ämtern der Länder die Politik bei der Schaffung eines Strafrechtspflegestatistikgesetzes unterstützen.



3.12 Indikatoren

Unser Indikatorenangebot

Durch die Bildung relevanter Indikatoren kann das Statistische Bundesamt verschiedene Lebenslagen der Menschen in Deutschland bis auf tiefer regionaler Ebene abbilden und so eine faktenbasierte Entscheidungsgrundlage für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bieten.

Konjunkturindikatoren

Die wirtschaftliche Entwicklung lässt sich anhand einer Vielzahl von Konjunkturindikatoren beobachten und bewerten. Umfangreiche Tabellen mit monatlichen oder vierteljährlichen Ergebnissen, teilweise ergänzt durch kalender- und saisonbereinigte Werte, sowie ein interaktiver Konjunkturmonitor ermöglichen einen Überblick über die konjunkturelle Lage.

Konjunkturindikatoren werden für folgende Themenbereiche im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de > Zahlen & Fakten > Indikatoren) dargestellt:

- | | |
|-----------------------------|--------------------------|
| ➤ Arbeitskosten | ➤ Einzelhandel |
| ➤ Arbeitslosenquote | ➤ Erwerbstätige |
| ➤ Auftragseingangindex | ➤ Erzeugerpreise |
| ➤ Außenhandelsbilanz | ➤ Gastgewerbe |
| ➤ Baugenehmigungen | ➤ Gemeldete Stellen |
| ➤ Baugewerbe | ➤ Großhandel |
| ➤ Bruttoanlageinvestitionen | ➤ Private Konsumausgaben |
| ➤ Bruttoinlandsprodukt | ➤ Produktionsindex |
| ➤ Dienstleistungen | ➤ Umsatzindex |
| ➤ Einfuhrpreise | ➤ Verbraucherpreise |

Nachhaltigkeitsindikatoren

Die Bundesregierung hat sich in der [Agenda 2030](#) (A/RES/70/1) der Vereinten Nationen freiwillig verpflichtet, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und 169 Unterziele der Vereinten Nationen zu erfüllen und regelmäßig über die nationale Zielerreichung zu berichten. Hierzu sind unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes von einer internationalen Arbeitsgruppe 244 Nachhaltigkeitsindikatoren erarbeitet und von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen worden. Die Koordinationsrolle bei der Bereitstellung nationaler Zeitreihen an die Vereinten Nationen wurde mit der UN-Resolution (A/RES/71/313) den nationalen statistischen Ämtern übertragen. Das Statistische Bundesamt hat erstmals

im Rahmen des High Level Political Forums 2016 mit den [Daten für Deutschland](#) einen umfassenden Bericht über den Stand der SDGs in Deutschland vorgelegt und aktualisiert diesen regelmäßig.

Ein zentraler Bestandteil der Agenda 2030 ist die Forderung, niemanden zurückzulassen. Daher sind, soweit möglich, den Vereinten Nationen zukünftig alle Zeitreihen auch unterteilt nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Rasse, Ethnizität, Migrationsstatus, Behinderung und geografischer Lage bereitzustellen. Noch lässt sich die Anzahl der aus dieser Forderung resultierenden Zeitreihen nicht abschließend abschätzen. Sie wird aber voraussichtlich zwischen mehreren 10 000 und mehreren 100 000 liegen.

Aufbauend auf der Agenda 2030 hat die Bundesregierung im Januar 2017 die Neuauflage der [Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#) beschlossen. Derzeit umfasst die Nachhaltigkeitsstrategie 63 soziale, ökologische und ökonomische Indikatoren zu allen 17 SDGs – weitere Indikatoren zu den zusätzlichen Themengebieten „Kein Hunger“, Nahrungsmittelverluste, Bodenschutz, Forschungsinvestitionen, Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige öffentliche Beschaffung sind derzeit in der Diskussion. Dem Statistischen Bundesamt obliegen gemäß Kabinettsbeschluss die Analyse und das Monitoring der Indikatoren in eigener Verantwortung. Seit dem Jahr 2006 veröffentlicht das Statistische Bundesamt hierfür alle zwei Jahre den sogenannten [Indikatorenbericht](#) zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

Globalisierung

Unter [Globalisierung](#) wird der – bereits seit Jahrhunderten andauernde – Prozess der zunehmenden internationalen Verflechtung in allen Lebensbereichen verstanden. Anders als in früheren Globalisierungsphasen haben jedoch Tempo und Ausmaß in jüngster Zeit rasant zugenommen. Durch den technischen Fortschritt wurden die Transport- und Kommunikationskosten drastisch reduziert. Das förderte nicht nur den internationalen Handel, sondern führte auch zu einer zunehmenden Internationalisierung und Arbeitsteilung der Produktionsprozesse. Geld, Waren und Know-how werden in einem früher nicht gekannten und vorstellbaren Umfang weltweit transferiert.

Deutschland ist als offene Volkswirtschaft in starkem Maße international orientiert und damit in die weltweite Globalisierung eingebunden. Der [Export](#) ist seit langem Motor der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land aber auch auf [Importe](#) – insbesondere im Energiebereich – angewiesen.

Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Globalisierungsindikatoren leiten sich aus Daten der amtlichen Statistik ab und sollen Aufschluss über wirtschaftliche Aspekte der Globalisierung geben. Sie werden nach den Kategorien Außenwirtschaft, Unternehmen, Verkehr und Umwelt gegliedert.

Indikatorenset mit Bezug zum Klimawandel

Der Umgang mit dem Klimawandel ist weltweit eine der größten Herausforderungen, um zukunftsfähige Lebens- und Umweltbedingungen zu erhalten. Aufgrund der Komplexität des Klimawandels setzen dessen **Messung** und **Monitoring** verlässliche Daten und Statistiken zu einer Vielzahl von Themenbereichen voraus. Um diesem Datenbedarf gerecht zu werden, wurde Anfang 2017 das Indikatorensystem mit Relevanz für den Klimawandel, bestehend aus 39 Indikatoren, von der Conference of European Statisticians (CES) verabschiedet. Ziel dieses Indikatorensets ist es, durch international harmonisierte und folglich vergleichbare Indikatoren die Ursachen und Folgen des Klimawandels sowie Anpassungsmöglichkeiten möglichst umfassend darzustellen. Für Deutschland stellt das Statistische Bundesamt bereits Daten zu 17 dieser 39 Indikatoren zusammen.

Weitere Indikatoren liegen für die folgenden Themenbereiche vor:

- › Qualität der Arbeit
- › Armuts- und Reichtumsbericht
- › Bildungsbericht
- › Internationale Bildungsindikatoren
- › Gesundheitsberichterstattung
- › Wissenschafts- und Technologieindikatoren
- › Strukturindikatoren, Regionalatlas

Bürokratiekosten

Die Messung von Bürokratiekosten analysiert staatliche Regelungen und Gesetzesvorhaben. Ziel ist es, bestehende Bürokratie sinnvoll und nachvollziehbar abzubauen sowie umfangreiche neue Bürokratie zu vermeiden. Als Indikatoren helfen der Bürokratiekostenindex, die Entwicklung des Erfüllungsaufwandes für das gesamte Bundesrecht sowie das Belastungsbarometer speziell für die amtliche Statistik. Ergänzend wird auch die Wahrnehmung der behördlichen Dienstleistungen in bestimmten Lebenssituationen erhoben.

Der **Bürokratiekostenindex (BKI)** macht die bürokratische Belastung der Unternehmen greifbar und zeigt, wie sie sich im Zeitverlauf entwickelt. Dabei zielt der BKI auf den klassischen „Papierkram“ ab. Dazu gehören Anträge, Meldungen, Kennzeichnungen, Statistiken oder Nachweise.

Das umfassendste Maß für Bürokratie und Grundlage der Messungen ist der **Erfüllungsaufwand**. Dieser beinhaltet den Zeitaufwand und die Kosten, die den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung durch die Befolgung einer gesetzlichen Vorgabe entstehen. Im Zuge der Einführung neuer rechtlicher Regelungen ist die Bundesregierung verpflichtet, den veränderten Erfüllungsaufwand zu ermitteln. In der **Gesetzesfolgenabschätzung** ist die Veränderung des Erfüllungsaufwands ein wichtiger Indikator zur Beurteilung der Folgekosten für die Betroffenen und unterstützt bei der Auswahl der am wenigsten aufwändigen Regelungsalternativen. Der Nationale Normenkontrollrat als unabhängige Instanz prüft, ob das verantwortliche Bundesministerium den Erfüllungsaufwand nachvollziehbar dargestellt hat. Die fortlaufende Dokumentation des Erfüllungsaufwands erfolgt im Statistischen Bundesamt.

Wie viel Aufwand entsteht Unternehmen durch Statistikmeldungen? Seit 2006 gibt das **Belastungsbarometer** eine Antwort darauf. Es macht den wichtigen Beitrag der Wirtschaft zur amtlichen Statistik sichtbar und dient als objektive Grundlage für Debatten um **Bürokratiekosten aus Statistikpflichten**. Viele der amtlichen Statistiken zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wären ohne die Mitwirkung von Unternehmen undenkbar. Gerade deshalb ist es dem Statistischen Bundesamt wichtig, den Arbeitsaufwand bei der Mitteilung von Angaben an die statistischen Ämter des Bundes und der Länder so gering wie möglich zu halten und zur **Entlastung der Auskunftsgebenden** beizutragen. Damit das Barometer den Aufwand der Wirtschaft weiterhin realitätsnah anzeigen kann, führt das Statistische Bundesamt seit Februar 2018 eine Umfrage zur aktuellen Einschätzung der Unternehmen durch.

Im Auftrag der Bundesregierung befragt das Statistische Bundesamt, wie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen die Leistungen der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen. Dabei werden die Kontakte zu Behörden und Ämtern während **Lebenslagen** wie der Hochzeit, der Geburt eines Kindes oder der Arbeitslosigkeit untersucht. Bei den Unternehmen stehen beispielsweise die Kontakte bei der Unternehmensgründung, der Entwicklung eines neuen Produktes oder auch der Geschäftsaufgabe im Fokus. Die Ergebnisse der Lebenslagenbefragungen sind im vom Statistischen Bundesamt bereitgestellten Internetangebot der Regierungsinitiative „amtlich einfach – Staat der kurzen Wege“ (www.amtlich-einfach.de) verfügbar.

Herausforderungen und Entwicklungspotenzial

Aufgrund der aktuellen politischen Diskussion zur Entwicklung der Nachhaltigkeit werden in der vorliegenden Veröffentlichung die Entwicklungspotenziale der Indikatoren zu diesem Thema in den Vordergrund gestellt.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung

Aufbau einer nationalen Berichtsplattform (NRP) für das Reporting zu den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs)

Die Bundesregierung hat sich in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen freiwillig verpflichtet, die 17 SDGs und 169 Unterziele zu erfüllen und regelmäßig über die nationale Zielerreichung mittels zurzeit 244 Indikatoren zu berichten.

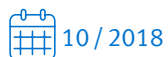
Dem Statistischen Bundesamt obliegt gemäß der UN-Resolution (A/RES/71/313) die nationale Koordination der Datenbereitstellung. Hierfür sind zukünftig zwischen mehreren 10 000 und mehreren 100 000 Zeitreihen an rund 60 internationale Organisationen, die sogenannten Custodian Agencies (CAs), bereitzustellen, die hieraus aufseiten der Vereinten Nationen die globalen Indikatoren berechnen.

Für dieses Reporting strebt das Statistische Bundesamt die Einführung einer nationalen Berichtsplattform an, die auf einem gemeinsamen Standard mehrerer nationaler statistischer Ämter beruht. Somit wird der Aufwand für die Datenübermittlung sowohl auf nationaler wie auch auf Seite der CAs vermindert und die Kohärenz nationaler und globaler Daten sichergestellt. Zugleich bietet das Statistische Bundesamt damit eine leicht zugängliche und transparente Informationsquelle für die Zivilgesellschaft an.



Indikatoren mit Bezug zum Klimawandel

Das Indikatorenset hat den Anspruch, verlässliche und objektive Daten zu aktuellen klimapolitischen Fragen zu liefern und den damit verbundenen Informationsbedarf abzudecken.



Für Deutschland stellt das Statistische Bundesamt bereits Daten zu 17 dieser 39 Indikatoren zusammen und prüft nun, ob und inwieweit Daten bzw. Näherungsgrößen für weitere Indikatoren bereitgestellt werden können.

Baden-Württemberg

[Statistisches Landesamt Baden-Württemberg](http://www.statistik-bw.de)

www.statistik-bw.de

Bayern

[Bayerisches Landesamt für Statistik](http://www.statistik.bayern.de)

www.statistik.bayern.de

Berlin und Brandenburg

[Amt für Statistik Berlin-Brandenburg](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de)

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bremen

[Statistisches Landesamt Bremen](http://www.statistik-bremen.de)

www.statistik-bremen.de

Hamburg und Schleswig-Holstein

[Statistisches Amt für Hamburg und](http://www.statistik-nord.de)

[Schleswig-Holstein](http://www.statistik-nord.de)

www.statistik-nord.de

Hessen

[Hessisches Statistisches Landesamt](http://www.statistik-hessen.de)

www.statistik-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

[Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern](http://www.statistik-mv.de)

www.statistik-mv.de

Niedersachsen

[Landesamt für Statistik Niedersachsen](http://www.statistik.niedersachsen.de)

www.statistik.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

[Landesbetrieb Information und Technik NRW](http://www.it.nrw.de)

www.it.nrw.de

Rheinland-Pfalz

[Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz](http://www.statistik.rlp.de)

www.statistik.rlp.de

Saarland

[Statistisches Amt des Saarlandes](http://www.saarland.de/statistik.htm)

www.saarland.de/statistik.htm

Sachsen

[Statistisches Landesamt](http://www.statistik.sachsen.de)

[des Freistaates Sachsen](http://www.statistik.sachsen.de)

www.statistik.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

[Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt](http://www.statistik.sachsen-anhalt.de)

www.statistik.sachsen-anhalt.de

Thüringen

[Thüringer Landesamt für Statistik](http://www.statistik.thueringen.de)

www.statistik.thueringen.de



● Standorte des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

● Standorte der Statistischen Ämter der Länder

www.destatis.de |  @destatis

Kontakt www.destatis.de/kontakt
Zentraler Auskunftsdienst +49 (0) 611 / 75 24 05
Pressestelle +49 (0) 611 / 75 34 44
Hauptstadtsservice +49 (0) 30 / 18 644 94 34

Statistisches Bundesamt Gustav-Stresemann-Ring 11 | 65189 Wiesbaden
i-Punkt Berlin Friedrichstraße 50 (Checkpoint Charlie) | 10117 Berlin
Zweigstelle Bonn Graurheindorfer Straße 198 | 53117 Bonn